Einzelpreis 30 Pf. Halle, Sonnabend, den 3. Juli 1920. 31. Jahrgang • Nr. 153

Volksblatt

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105605. Hermann Schade

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitentell.

Ueber Brüssel nach Spa.

Paris, 1. Juli. Die französische Delegation unter Führung des Ministerpräsidenten Millerand ist heute nachmittag im Sonderzuge nach Brüssel abgereist. Im gleichen Zuge reiste auch der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten Graf Sforza ab. — Der Sonderberichterstatter des Temps aus Brüssel meldet, die britische Delegation in Brüssel und Spa setzt sich aus 120 Personen zusammen, die französische Delegation umfaßt 65 Personen, die japanische 15 und die italienische und die belgische je 10 Personen. Auch der britische Oberkommissar für Danzig Sir Reginald Tower wird in Spa anwesend sein. — Nach dem Journal des Debats nimmt man in alliierten Kreisen an, daß die deutsche Delegation eine Reihe von Einzel- und Gesamtvorschlägen unterbreiten wird.

Brüssel, 2. Juli. (Havas. Reuter.) Die interalliierte Konferenz hielt heute vormittag unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten de la Croix ihre erste Sitzung ab. Anwesend waren die Delegierten von England, Frankreich, Italien, Japan und Belgien. Marschall Foch und die anderen militärischen Sachverständigen unterrichteten die Konferenz von dem gegenwärtigen Stande der Entwaffnung Deutschlands. Die Heeres-, Marine- und Luftschiffahrts-Sachverständigen wurden angewiesen, ein endgültiges Verzeichnis der auf die Entwaffnung bezüglichen Artikel der Verträge aufzusetzen, die noch nicht ausgeführt sind. Die Konferenz prüfte darauf eine Note des Wiedergutmachungsausschusses betreffend die Kohlenlieferung durch Deutschland.

•

Die Vorbereitungen für Spa

sind, wie sich jetzt bereits zeigt, nach jeder Richtung hin mangelhaft. Alle Organisationsarbeiten sind bis zum letzten Augenblick hinausgeschoben worden. Man hat selbst die Presse erst am Mittwoch benachrichtigt, daß sie am Sonnabend bereits fahren müsse und daß innerhalb von wenig mehr als 24 Stunden die Entscheidung darüber zu treffen sei, welche Korrespondenten nach Spa gelangen werden. Dabei hat man sich, wie üblich, wieder einmal an den kapitalistischen Verband der Zeitungsverleger gewandt und der unabhängigen Presse wohlweislich überhaupt keine Aufforderung zugehen lassen, so daß diese bei der Verteilung der sechs durch die belgische Regierung zugelassenen Korrespondenten nicht berücksichtigt worden ist. Aber auch die materiellen Vorbereitungen lassen sehr zu wünschen übrig. In Industriekreisen erzählt man sich, daß die Vorbereitungen für Spa so mangelhaft sind, daß die deutschen Unterhändler auf die wichtigsten Fragen über die deutsche Wirtschaft, die an sie gerichtet werden dürften, nicht zu antworten vermögen.

•

Revision des Friedensvertrags?

Berlin, 2. Juli. Dem Berliner Tageblatt wird aus Paris gemeldet: Es steht nunmehr fest, daß die Alliierten sich auf die Beschlüsse der englisch-französischen Sachverständigen einigen werden. Es hat ein offizieller Gedankenaustausch mit den Vereinigten Staaten stattgefunden, der die amerikanische Zustimmung sichert. Es scheint aber, daß die Alliierten in Spa nicht nur eine Einheitsfront werden bilden können, sondern daß sie auch sehr klare Bedingungen vorschreiben werden, und daß Deutschland gezwungen sein wird, sie anzunehmen. Indes meldet die Chicago Tribunale, daß eine radikale Durchsicht des Friedensvertrages sehr wahrscheinlich als erste Maßnahme in Spa geprüft werden wird. Die Engländer haben die Absicht angekündigt, den Vertrag elastischer zu gestalten. Die Italiener äußern sich in demselben Sinne und die amerikanische öffentliche Meinung, so sagt das Blatt, ist ebenfalls für eine Abänderung gewisser Bestimmungen des Vertrages.

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher.

Amsterdam, 2. Juli. (WTB.) Nach einer Londoner Meldung sagte Bonar Law im englischen Unterhause:: Die Alliierten beabsichtigen, die Frage des Prozesses gegen die der Kriegsverbrechen beschuldigten Deutschen in Spa zu erörtern. Auf verschiedene Anfragen bemerkte Bonar Law, von 27 gefangengenommenen U-Boots-Kommandanten befände sich nur noch einer in England, die übrigen seien freigelassen und nach Deutschland zurückgeschickt worden. Der Prozeß gegen sie werde vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden.

Auf eine Anfrage, was mit den „deutschen Kriegsschuldigen niedrigen Ranges" geschehen würde, wenn diese in Holland Zuflucht suchten und die holländische Regierung ihre Auslieferung verweigern sollte, sagte Bonar Law, dies würde keine Uebereinstimmung mit dem Falle des vormaligen deutschen Kaisers bilden, der vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Holland kam. In Erwiderung auf eine Frage, wie lange der ehemalige Kaiser in Holland bleiben werde, sagte Bonar Law, das hänge von Holland und möglicherweise von der Lebensdauer des „Kaisers" ab. (Heiterkeit.)

•

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung). Auch in Italien nimmt die Frage der Kriegsschuldigen einen immer weiteren Raum in der Diskussion ein. In sämtlichen Kammer-Kommissionen haben nur die Sozialisten den Antrag eingebracht, die vorgenommene Finanzuntersuchung auf das politische Gebiet auszudehnen. Vor allem sollen die mit dem Kriegsausbruch und der Durchführung zusammenhängenden Fragen untersucht werden. Da auch die Katholikenpartei für den Antrag unserer Genossen ist, dürfte seine Annahme wahrscheinlich sein.

Die Polen in Bedrängnis.

Sie bitten um Frieden.

Warschau, 2. Juli. Der Ministerpräsident Grabski stellte gestern im Landtag im Namen des Staatschefs den Antrag, sofort eine Behörde zu schaffen, die über den Frieden entscheide. Ihre Bestimmungen sind unverzüglich durchzuführen. Die Wahl der Mitglieder ist sofort durchzuführen. Der Landtag beschloß einstimmig die Dringlichkeit.

•

Rotterdam, 2. Juli. Die Times meldet aus Warschau: Die Lage der Polen an der russischen Front verschlechtert sich in kritischer Weise. Die russische Vorhut ist vor Minsk erschienen. Die Hauptstadt Warschau ist von der Heeresleitung als befestigter Platz erklärt worden. Die Gesamtmobilisierung ist am Montag verkündet worden.

Das boykottierte Horthy-Ungarn.

Berlin, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gegenüber den ungarischen Versuchen, den Boykott gegen Ungarn als nur von Oesterreich geführt hinzustellen, wird der Freiheit aus Prag ausführlich nachgewiesen, daß sämtliche um Ungarn liegenden Nationen jeden Wirtschaftsverkehr mit ihnen eingestellt haben, sowohl Jugoslawien wie auch Rumänien und die Tschecho-Slowakei.

•

Wien, 2. Juli. Der Arbeiterzeitung gegenüber äußerte der Sekretär Fimmen, das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der ungarischen Regierung sei nicht befriedigend gewesen. In der heutigen Sitzung der Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes seien die nötigen Maßnahmen für eine mögliche Verschärfung des Boykotts besprochen worden. Auf die Frage über die Dauer des Boykotts erklärte Fimmen, keine bestimmte Antwort geben zu können. Es bestehe noch immer Grund zu der Hoffnung, daß die neue Regierung Ungarns den Forderungen des Gewerkschaftsbundes Rechnung tragen werde.

Für die Abschaffung der Todesstrafe!

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat bekanntlich stets an der Forderung des Erfurter Programms nach Abschaffung der Todesstrafe festgehalten und sie auch bei der Verfassungs-Beratung in Weimar vertreten. Trotz ihrem Widerspruch aber wurde damals die Todesstrafe beibehalten. Die USP. hat nunmehr im Reichstage folgenden Antrag eingebracht:

§ 1.

Die Todesstrafe wird abgeschafft. An ihre Stelle tritt bis zur Reform des Strafgesetzbuches die jetzt zulässige Höchststrafe.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die Beratung dieses Antrages wird unseren Genossen erneut Gelegenheit geben, die heutige Klassenjustiz zu brandmarken, die die Mörder ungezählter Vorkämpfer des Proletariats durch Kriegsgerichte freisprechen und einen Dummenjungenstreich, wie die Uebermalung des Bonner Kaiserdenkmals mit roter Farbe, mit zwei Jahren Gefängnis ahnden läßt, die auf Diebstahl höhere Strafen setzt, als auf Vergehen gegen die Gesundheit und das Leben von Menschen usw. Zugleich werden sie dabei auf das nachdrücklichste die Reform unseres gesamten Justizwesens, insbesondere aber der Strafrechtspflege und Rechtsprechung zu fordern haben!

•

Ferner haben unsere Genossen im Reichstage den Antrag gestellt, daß die Reichsregierung ein Einheitsrecht für die Angestellten ganz Deutschlands schafft, das ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen regelt. Die Hausangestellten fordern entgegen der bisher bestehenden Praxis der örtlichen Tarifverträge oder einzelstaatlichen Gesetzgebung, eine einheitliche Regelung für das ganze Reich. Der Wortlaut der gestellten Bedingungen ist folgender:

Eine Arbeitszeit von acht Stunden, die nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht nach 6 Uhr abends enden darf.

Jugendliche Hausangestellte unter 18 Jahren dürfen nicht vor 7 Uhr morgens und nicht nach 7 Uhr abends beschäftigt werden.

Wöchentlich ein freier Nachmittag von 3 Uhr an, an Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr an, in jeder zweiten Woche bleibt ein arbeitsfreier Tag.

Nach einjähriger Beschäftigung mindestens eine Woche Urlaub unter Zahlung des ortsüblichen Kostgeldes. Hausangestellten unter 18 Jahren muß die zum Besuch der Fortbildungsschule nötige Zeit freigegeben werden. Unterstellung aller Hausangestellten unter die Gewerbeordnung.

Die Regierungsbildung in Gotha

kann nunmehr vor sich gehen. Nachdem der Antrag unserer Genossen auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes angenommen worden war, haben unsere Genossen ihre Obstruktion aufgegeben. Bei der Regierungswahl werden sie weiße Zettel abgeben.

Aufhebung des Ausfuhrverbotes. Die schwedische Regierung hat wegen des starken Anwachsens der Produktion das Ausfuhrverbot für Butter, Käse, Schweinefleisch und andere Erzeugnisse der Viehzucht aufgehoben.

Rechtssozialistische Schieberpolitik.

Wie aus dem gestrigen Reichstagsbericht hervorgeht, war Genosse Henke in der Lage, ein geheimes Rundschreiben des rechtssozialistischen Parteivorstandes an die Parteipresse vom 9. Juni zu zitieren, das über die wirklichen Gründe der rechtssozialistischen Taktik in der Regierungsfrage einen sehr erwünschten Aufschluß gibt. Das Schreiben lautet (nach einigen Kürzungen):

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Der Parteivorstand.

Berlin SW. 68, den 9. Juni.

Streng vertraulich!

An die Parteipresse!

Werte Genossen!

Wenn wir auch die Entscheidung über die künftige Taktik dem am Sonntag zusammentretenden Parteiausschuß und der künftigen Reichstagsfraktion überlassen wollen, so glauben wir doch der Parteipresse eine Darlegung unserer Auffassung der Lage schuldig zu sein. Wir haben sie gewonnen in einer Reihe von Erörterungen, die wir mit erfahrenen Parteigenossen, zum Teil auch mit Mitgliedern der Regierung, in dieser schweren Zeit in diesen Tagen gepflogen haben. Wir möchten bitten, daß die Parteipresse gerade in dieser schweren Zeit, die die Verantwortlichkeit für jeden an vorgeschobenen Posten stehenden Parteigenossen aufs höchste steigert, zu einer möglichst einheitlichen Haltung gelangt, die das Selbstbewußtsein der Partei und das Gefühl der Sicherheit, daß uns die Zukunft gehört, widerspiegelt. Kleinliche Abspreicherei und mehr im inneren Kreise zu pflegende Selbstkritik sollte die Haltung unserer Presse in den nächsten Wochen nicht zeigen. Wir sollten überhaupt ruhig Blut bewahren und keine Aufregung erkennen lassen.

Eberts Absicht, im Falle einer Rechtsregierung zurücktreten, haben wir widersprochen. Wir würden damit eine sehr bedenkliche Position aufgeben und dem künftigen Ministerium freie Bahn gewähren. Das Verbleiben Eberts in der Reichspräsidentschaft würde dagegen die Abschaffung des Achtstundentages, die Einengung des Koalitionsrechts, die Wiederbelebung der Gesindeordnung und ähnliche Maßnahmen unmöglich machen. Ebert hat sich diesen Erwägungen nicht verschlossen, aber als die Bedingung für sein vorläufiges Verbleiben in der Reichspräsidentschaft aufgestellt, daß durch die Parteipresse den Genossen die Motive seines Verbleibens klargestellt werden sollen.

Ebert wird zuerst Hermann Müller den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts geben, Hermann Müller wird dann ausschließlich mit den Unabhängigen verhandeln und sich bereit erklären, mit ihnen im Rahmen der Reichsverfassung ein Regierungsprogramm aufstellen und den Kern einer Regierungsmehrheit zu bilden, zu der etwa die Demokraten herangezogen werden sollen. Obgleich die unbedingte Ablehnung des Müllerschen Anerbietens durch die USPD. vorauszusehen war, dürfte es sich empfehlen, auf die Verpflichtung der USPD. als der zweitstärksten Partei des Reichstages hinzuweisen, einen Teil der Verantwortung durch Mitarbeit an der Regierung und an der Führung des Reichstages zu übernehmen. Eine kluge und auf die Psychologie der Arbeiterschaft richtig eingehende Haltung der Parteipresse in den nächsten vierzehn Tagen kann die Stimmung der Arbeiterschaft sehr günstig für uns und im Falle der Ablehnung der USPD. in die Regierung zu gehen, nachher sehr ungünstig gegen die USPD. beeinflussen.

Scheidet die Möglichkeit einer Regierung aus SPD., USPD., DDP. aus, so wird Ebert die Führer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu sich berufen, um ihnen den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung zu geben. Sie werden vermutlich den Anspruch erheben, daß auch Vertreter unserer Partei mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Vermutlich werden die Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei Ebert erklären, daß auch sie ohne die SPD. keine tragfähige Regierung zustande bringen werden.

Aber im Laufe der Verhandlungen der Parteien wird sich unserer Vermutung nach ergeben, daß das Zentrum, von einigen Gruppchen abgesehen, zum Eintritt in die Rechtskoalition bereit sein wird und daß die Deutsche Demokratische Partei zu einer wohlwollenden Neutralität dieser Regierung gegenüber zu gewinnen sein wird. Wir rechnen damit, daß diese Regierung der Rechtsparteien zustande kommen wird.

Uns aber kann eine derartige Regierung im Augenblick nur erwünscht sein, denn die Verhandlungen in Spa werden der deutschen Republik und dem deutschen Volke schwere Lasten auferlegen. Wir haben alles daranzusetzen, daß die Repräsentanten der Rechtsparteien die Verhandlungen in Spa führen und die Anordnungen der Entente auf sich nehmen. Dann müssen sie die Entwaffnung der Armee herbeiführen, die ihnen diese Armee, auf die sie alle ihre Hoffnungen setzen, zum schärfsten Feinde machen wird. Eine Auflösung der Armee und eine Entlassung von Tausenden von Offizieren durch uns würden die Offiziere als einen feindseligen Akt betrachten, aber sie würden ihn aus unserer bekannten antimilitaristischen Tradition begreifen. Die gleiche Aktion von den Rechtsparteien ausgeführt, würde von den Offizieren als ein Akt unerhörter Treulosigkeit der bisherigen politischen Stützen der Armee empfunden werden. So ist die Befürchtung, daß eine Rechtsregierung die bewaffnete Gewalt zur völligen freien Verfügung haben wird, durchaus unbegründet. Auch ein Ministerium der Rechten wird seine großen Schwierigkeiten mit der neu zu bildenden Armee

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200703-15/fragment/page=0001

haben. Ein Grund zur besonderen Befriedigung ist aus der Uebernahme der Regierung durch die Rechtsparteien unter diesem Gesichtspunkte nicht abzuleiten.

Schwieriger erscheint uns für unsere Partei im Falle der Bildung einer Rechtsregierung unsere Stellung zu der USPD. Sie könnte leicht, wenn wir nicht sehr klug und vorsichtig sind, die Führung der Opposition in die Hand bekommen und damit der Entwicklung unserer Partei Abtrag tun. Selbstverständlich müssen wir in eine klare und unzweifelhafte Gegensätzlichkeit zur Rechtsregierung treten. Aber sie muß sich in ihren Methoden, in ihrem Ernste, in ihrer Sachlichkeit, von der vermutlich nur sehr großmäuligen und radauluſtigen Opposition der USPD. auch im Verständnis der Arbeiterschaft ganz deutlich abheben. Wir dürfen uns nicht ins Schlepptau der USPD. nehmen lassen, wir müssen bei aller Klarheit und Entschiedenheit unserer Opposition doch die großen Gesichtspunkte niemals vermissen lassen.

In diesem Falle wird es uns bald gelingen, das verlorene **Terrain bei den kommenden Wahlen, die vielleicht noch in diesem Herbst stattfinden können wiederzugewinnen.**

Wir hoffen, daß diese Gesichtspunkte in den Redaktionen unserer Parteipresse Zustimmung finden werden, so daß wir in aller Geschlossenheit klar zum Gefecht und in guter Stimmung auf eine bessere Zukunft das Schiff der Partei von der Parteipresse gelenkt sehen können.

Mit Parteigruß
Der Parteivorstand.

Die Freiheit bemerkt dazu: Das Rundschreiben des Parteivorstandes beweist klipp und klar, daß die Taktik der Rechtssozialisten von Anfang an darauf gerichtet gewesen ist, eine Regierung der Rechtsparteien zustande zu bringen. Sie sind es, die den Helfferich gewollt haben! Wenn nicht eine Rechtsregierung, sondern eine Regierung der Mitte zustandegekommen ist, so ist das nicht der Taktik der Rechtssozialisten, sondern dem Widerstand des Zentrums und der Demokraten zu danken, die die deutschnationale Mitregierung wegen der außenpolitischen Schwierigkeiten abgelehnt haben.

Die Rechtssozialisten waren so „leichtsinnig", so „unverantwortlich", daß sie die Gefahren einer solchen Regierung ruhig in den Kauf nehmen wollten. Einmal, weil sie trotz ihres öffentlichen Ableugnens uns gegenüber auch ihrerseits die Widerstandskraft der Arbeiterklasse in Rechnung stellten, dann aber, weil sie durch ihre politische Schiebung etwaige schlimme Folgen auf die Unabhängige Sozialdemokratie abzuwälzen hofften.

Jetzt ist dieses ganze politische Schiebergeschäft sehr zur rechten Zeit entkhüllt. Bei den Rechtssozialisten hat es sich nur darum gehandelt, ihre engsten parteipolitischen Vorteile zu wahren. Das Schreiben des Parteivorstandes wirkt deshalb so erbärmlich, weil es nirgends auch nur im entferntesten erkennen läßt, daß es ihren Verfassern irgendwie um den Sozialismus, um die gesamte Arbeiterbewegung zu tun ist. Sie gehen in die Regierung, wenn sie durch die Hereinnahme der USP. parteipolitisch gesichert sind. Wenn sie aber in die Opposition gehen, dann ist ihre erste Sorge, daß ihnen nicht von den Unabhängigen der Wind aus den Segeln genommen werde. Oeffentlich reden sie so übergeugt und eindringlich von der Notwendigkeit der Einigung der Arbeiterbewegung. Heimlich denken sie nur daran, wie sie das nächste Mal ein besseres Wahlgeschäft auf Kosten der Unabhängigen machen können.

Das sind keine Sozialisten, das sind nicht einmal großzügige Politiker, es sind schäbige Parteimaschinenwärter. So waren sie im Kriege, so während der Revolution, so gehen sie jetzt in die „Opposition" gegen die bürgerliche Regierung!

Immer neue Liebesgaben für die Agrarier!

Die Regierung verteuert die Lebensmittel!

Während überall die Massen unter dem Druck der Teuerung derart leiden, daß an vielen Orten bereits die verbrecherische Arbeit der im Solde der Reaktion stehenden zu Plünderungen und sonstigen Ausschreitungen hetzenden Lockspitzeln Erfolg haben konnte, trägt sich die Regierung mit dem wahnwitzigen Plane, abermals die Erzeugerpreise zu erhöhen. Der Reichsernährungsminister Dr. Hermes hat erklären lassen, daß er zunächst eine 55prozentige Erhöhung der geltenden Getreidepreise beabsichtigt, der dann eine entsprechende Preisheraufsetzung anderer Nahrungsmittel in der Zwangswirtschaft folgen soll. Gleichzeitig soll ein beschleunigter Abbau der Zwangswirtschaft erfolgen. Was dabei herauskommt, haben wir zur Genüge erlebt. Alle Lebensmittel sind im Verhältnis zu einander als Rohstoff anzusehen: woraus folgt, daß, wenn ein Teil oder eine Gruppe von ihnen dem freien Handel überlassen bleibt, letzten Endes dieser den durchschnittlichen Preisstand für die gesamte Lebensmittelversorgung bestimmt. Denn es ist ganz selbstverständlich und liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründet, daß, wenn etwa beabsichtigt ist Fette freizugeben, die Produktion sich in möglichst großem Umfange der zu ihrer Herstellung benötigten Rohstoffe bemächtigen wird. Die Nachfrage nach ihnen, wie Milch, Fleisch und jeglichen Fettträgern steigt und wird befriedigt werden nur durch erhöhte Preisangebote. Dadurch werden diese noch in der Zwangswirtschaft behaltenen Rohstoffe in einem größeren Umfange der öffentlichen Bewirtschaftung unterschlagen, es entsteht eine Knappheit, die zuletzt wiederum eine Erhöhung der zwangswirtschaftlichen Preisfestsetzung erzwingt. So treibt ein Keil den anderen; und zuletzt sind es die Konsumenten, die breiten Massen der Bevölkerung, die alles zahlen müssen.

Der Reichsernährungsminister hat zwar behauptet, aus der Verteuerung des Brotgetreides würde keine Verteuerung des Brotes entstehen. Aber das ist eine Ausrede, die völlig hohl ist. Denn auch eine Verbilligung des Brotes durch Reichszuschüsse muß letzten Endes von den Steuerzahlern getragen werden. Dafür sorgt schon unser famoses Steuersystem, das auch dem Aermsten nicht nur sein Scherflein abzwackt, sondern ihn auch unverhältnismäßig viel höher belastet als den Reichen.

Die Agrarier haben die Zusammenhänge wischen Zwangswirtschaft und freien Handel voll erkannt. Wenn sie daher immer wieder die Aufhebung der Zwangswirtschaft für alle Lebensmittel außer Brotgetreide und Mehl, welche sie als Grundlage der Volksernährung vorläufig weiterhin öffentlich bewirtschaften lassen wollen — fordern, so gehen sie nur deshalb nicht gleich aufs ganze, weil sie genau wissen, daß jede Lücke in der Zwangswirtschaft im Effekt sie ganz aufhebt. Und damit haben sie ihr Ziel erreicht, nämlich die Preise nach ihren Profitgelüsten regeln zu können.

Die Ernährungsminister der Republik sind unterschiedslos auf den agrarischen Leim gekrochen. Herr Hermes wird keine Ausnahme davon machen. Um so mehr aber wird es die Aufgabe unserer Genossen im Reichstage sein, den Plänen der Agrarier mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und zugleich dem Ernährungsminister zu sagen, wie er sich selbst düpieren läßt und dabei das Volk düpiert!

•

Die neue Frühdruschprämie.

Berlin, 2. Juli. Durch eine sofort in Kraft getretene Verordnung vom 30. Juni 1920 hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Lieferungszuschläge für Brotgetreide und Gerste in Höhe von 200 Mk. für die Tonne für die Lieferung bis 1. August und von 150 Mk. für die Lieferung bis 15. September festgesetzt, und zwar mit Rückwirkung auch für das vor Inkrafttreten der Verordnung gelieferte Getreide neuer Ernte.

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung. Freitag, den 2. Juli.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Zuerst kommen **kleine Anfragen** zur Erledigung, darunter die des Abg. Warmuth (Dn.), warum der große **Auftrag über 700 000 Meter Militärstoff für die Sicherheitspolizei nach England gegeben** worden sei, trotzdem die englische Firma 105 Mk. pro Meter mehr verlangte, wie die deutschen Firmen, und der englische Stoff außerdem noch umgefärbt werden mußte, was **einen Gesamtpreisunterschied von 86 000 000 Mark ausmachte.**

Der Regierungsvertreter erwidert, daß es sich um einen Ausnahmefall handelt. (Lachen.) Die Sicherheitspolizei sei unzureichend versehen gewesen, und da es trotz monatelangen Bemühungen nicht gelungen wäre, in Deutschland sofort den Bedarf zu decken, wurde der Auftrag mit Genehmigung des preußischen Ministeriums des Innern nach England gegeben. (Lachen und Unruhe.)

Darauf wird die allgemeine Besprechung der Regierungserklärung fortgesetzt.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes

gibt einen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage. Nur durch die intensive Ausnützung der heimischen Scholle können wir die Rationen erhöhen. Es bedarf erheblicher Einfuhr, die bei dem niedrigen Stande des Markkurses nur zu Preisen möglich ist, die weit über den Inlandspreisen stehen. **Ueber 10 Milliarden Mark** hat das Reich bereits zur Verbilligung der Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Durch die Verordnung vom 13. März dieses Jahres sind für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse Mindestpreise festgesetzt, um dem Landwirt einige Sicherheit zu geben. Für den Winter wird die Kartoffelversorgung bei der erzielten günstigen Ernte eine Besserung erfahren und damit unsere gesamten Ernährungsverhältnisse. Es ergibt sich, daß die Produktionskosten am 1. Juni etwa 70 Prozent höher waren, als im Anfang des Jahres. Das Reichsministerium hat den Durchschnitt der **Preissteigerung in den ersten fünf Monaten** des Jahres in der Höhe von ungefähr 55 Prozent **als Grundlage** für die **Preisfestsetzung genommen. Das ergibt**

für die Tonne Hafer 1500 Mark

(Hört, hört!) **für Roggen 1550 Mk., für Weizen 1750 Mk., für Kartoffeln 500 Mk.** Der Mindestpreis für Kartoffeln hat also das ganze Wirtschaftsjahr zu gelten; eine Erhöhung soll vermieden werden. (Zuruf: Soll!) Die Untersuchung hat ergeben, daß das einheimische Brotgetreide, trotz aller Streckungen mit Gerste und anderem, nicht ausreichen wird. **Wir bleiben auf Einfuhren angewiesen.** Die Beschaffung billiger Auslandsware darf nicht daran scheitern, daß Restbestände teurer Ware im Lande sind. (Beifall.) Mit besonderem Nachdruck wird die Auflösung der Kriegsgesellschaften durchgeführt. Nach Durchführung des Abbaues der Kriegsgesellschaften und der Zwangswirtschaft werden nur noch die unentbehrlichen Nahrungsmittel rationiert werden. Von der Landwirtschaft erwarten wir, daß sie **nunmehr ihre Ablieferungspflicht restlos erfüllt.** Möge in Spa volles Verständnis dafür herrschen, daß **alle Schwierigkeiten Deutschlands ihre Quelle in seiner schlechten Ernährung haben** und daß es Deutschland unmöglich sein wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wenn das Ausland ihm nicht bei der Durchführung seiner Ernährungswirtschaft hilft. (Lebhafter Beifall.)

Minister des Auswärtigen Simons

beantwortet die Anfrage über die widerrechtliche Verhaftung des Hauptgeschäftsführers Dr. A. v. Holtum und des Vertreters des Ostdeutschen Heimatdienstes Dr. Wagner durch polnische Behörden. Die deutschen Behörden sind bei allen Instanzen vorstellig geworden, doch bisher ohne Erfolg. Ebenso wurde die Durchreise von 1000 Abstimmungsberechtigten durch den polnischen Korridor verhindert. Nur wenn Polen hält, was es versprochen, ist ein gutes nachbarliches Verhältnis möglich.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.):

Wir sehen den ganzen Verfall unseres deutschen Gemeinwesens, den ganzen Ernst der Zukunft. (Zuruf links: Wer trägt die Schuld?) Vielleicht tragen Sie (nach links) mehr Schuld als ich. (Zuruf Ledebours: Der Angeklagte hat das Wort!) Unser Volk ist von dem elendesten Untergange bedroht. (Erneute Zurufe: Durch Ihre Schuld, durch Ihre Finanzwirtschaft. — Gegenrufe rechts: Ruhe!) Seine bewährte Kraft ist dem deutschen Volke durch den Krieg und die Revolution zerbrochen worden. (Erneuter Lärm links und Unterbrechungen.) Wir sind durch den Vergewaltigungsfrieden unter einen Druck gestellt, der tödlich wirken muß, wenn es nicht gelingt, das Schlimmste durch Anspannung aller guten Kräfte zu verhindern. (Zuruf: Durch Sie! — Präsident Loebe: Es war zu erwarten, daß der Wahlkampf im Reichstag einen Widerhall findet. Der Redner darf aber dabei nicht an der Ausführung seines Rederechtes gehindert werden.) Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat durch die Wahlen bekundet, daß sie endlich wieder Ruhe will (Zuruf: Kapp-Putsch!), daß sie sozialistische Experimente, wie sie die Sozialdemokratie beider Richtungen verfolgt, klar ablehnt. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist die einzige, die sich weigert, sich vorbehaltlos auf den Boden der Verfassung zu stellen. (Lärm b. d. US. Zuruf: Sie sind ein schöner Verfassungshüter!) Man scheint jetzt die Methoden des Wahlkampfes auch hier im Reichsparlament einführen zu wollen. (Lärm b. d. Soz.) Man hat ja eine Anfrage eingebracht, in der ich

als Mitwisser von Millionenschiebungen

hingestellt werde. Die Anfrage war zuerst vom Abg. Müller (Soz.) unterschrieben. Als wir eine Gegenfrage einbrachten, wurde diese Unterschrift zurückgezogen. (Hört, hört!) Ich stelle fest, daß derjenige, der mich einen Mitwisser bei Millionenschiebungen nennt, ein elender Verleumder ist. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm links. — Präsident Loebe ruft den Redner zur Ordnung, zieht aber den Ordnungsruf zurück, als Abg. Helfferich erklärt, er habe keinen Abgeordneten persönlich gemeint.)

Die Koalition hofft, daß sie von der Sozialdemokratie unterstützt werden wird. Glauben Sie denn, daß das umsonst geschieht? Ich vertrete den Kreis Marburg mit und stelle fest, daß die Gerichtsverhandlungen keinen Anlaß geben, von

einer Schmach von Marburg

zu sprechen. (Ungeheurer, sich immer wiederholender Lärm links, durch den der Ruf: Mörder! immer wieder durchklingt.) Der Reichsfinanzminister hat in seinen Ausführungen einen gegen mich erhobenen Vorwurf, ich hätte Kriegssteuern verhindert, wiederholt. Der Vorwurf ist ungerecht. (Großer Lärm links.) Der Abg. Spahn wird mir bestätigen, daß ein Mitglied seiner Partei damals sagte, **Kriegssteuern müßten unter allen Umständen vermieden werden!** (Namen nennen!) Nun, wenn Sie es absolut wissen wollen, er heißt Erzberger! Langanhaltende Heiterkeit, große Unruhe in der Mitte des Hauses.) Wenn wir nicht andere Wege gehen, dann kommen wir zum Bankrott unseres Eisenbahnwesens. (Großer Lärm links und Zurufe: Sie sind der Bankrotteur! — Abg. Ledebour: Sie haben Deutschland zerstört!) Die Wurzel des Uebels ist, daß mehr verbraucht als erzeugt wird. (Lärm b. d. US., Zuruf des Abg. Ledebour: Sie haben die Arbeitskraft des deutschen Volkes ruiniert durch Ihren Krieg!) Es war nicht mein Krieg, sondern der Krieg des deutschen Volkes. (Minutenlanger Lärm b. d. Unabhängigen. Zuruf des Abg. Ledebour: Sie haben gegen den Frieden gearbeitet.) Wie können Sie so etwas behaupten? (Erneuter großer Lärm b. d. US. Ledebour: Sie haben Amerika in den Krieg hineingezogen, Sie waren der Hauptschieber dabei!) Ich verbitte mir diese Bezeichnung. (Erneuter großer Lärm b. d. US.) Es ist wichtiger, daß wir uns jetzt über die Dinge unterhalten, die uns heute drücken. (Gelächter links und lärmende Zurufe der US.: Erst müssen die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden! Bankrotteur! Kriegsschieber!)

Helfferich spricht dann über Spa und andere Dinge, wobei es wieder zu den heftigsten Wortkämpfen kommt. Der Koalition stehe seine Partei abwartend gegenüber, aber gegen das Mißtrauensvotum der Unabhängigen werde sie stimmen. (Großer Lärm, Händeklatschen, Zischen und Pfeifen.)

Reichsfinanzminister Wirth:

Der Abg. Helfferich habe einen historischen Beweis dafür liefern wollen, daß wir einen anderen Frieden hätten haben können. Die Rechte hat aber in Weimar keinen Mut gehabt. **Wir alle wollen** dem Vaterlande dienen, aber derart 24 Stunden vor Spa **die Brandfackel ins Haus schleudern** sei unerhört.

Abg. Becker (Hessen, (D. Vpt.) plädiert für die Schaffung einer „Kammer der Kultur".

Abg. Petersen (Dem.): Helfferich hat den Beweis erbracht, daß ein Zusammenarbeiten mit seiner Partei unmöglich ist. Irren könne jeder, wer aber durch dieses Irren das Schicksal eines ganzen Volkes gefährde, der sollte sich möglichst zurückhalten.

Reichskanzler Fehrenbach

dankt für die Anerkennung, die ihm ausgesprochen wurde. Da der Koalition mehrere Parteien mit verschiedenen Programmen angehören, sollten diese Parteien bei den Debatten Rücksicht auf die verschiedenen Programme nehmen. Morgen gehen wir einen schweren Gang. Seien Sie überzeugt, wir werden unseres Amtes in Spa mit ernster Würde walten. Noch besteht die Hoffnung, daß wir an einen gemeinsamen Sitzungstisch kommen und daß auch ein Resultat herauskommt. Die Leistungsfähigkeit muß für uns die Grenze sein. Ich bitte, uns in dieser schweren Stunde unser Amt nicht durch leidenschaftliche Kämpfe im Innern zu erschweren. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frau Zetkin (Kommunistin):

Das erste Wort der Kommunisten hier in diesem Hause ist über Deutschlands Grenze hinausgerichtet. Es ist das Bekenntnis zur **Solidarität der Kommunisten mit dem Proletariat aller Länder,** mit dem wir uns verbunden fühlen durch die Blutströme des Weltkrieges, mit denen wir

einig sind im Klassenkampf gegen den Kapitalismus.

Es ist das Gelöbnis unverbrüchlicher Einheit des Kampfeswillens und des Kampfeszieles mit dem heldenmütigen russischen Proletariat, **das den Arbeitern der ganzen Welt** vorangegangen ist im Kampfe für die Verwirklichung des Sozialismus. In Spa will der internationale Imperialismus durch neue Verbrechen ein Verbrechen des deutschen Imperialismus sühnen. Die Kosten aber wird nicht der deutsche Imperialismus tragen und nicht die Klassen, deren politischer Ausdruck er ist; diesen Klassen genügt es, **die Kriegsgewinne eingestrichen zu haben. Die Kosten des Krieges sollen vielmehr die werktätigen Klassen tragen.** Deutschland wird isoliert an jenem grünen Tisch in Spa stehen. **Nur ein Schutz- und Trutzbündnis Deutschlands mit dem sozialistischen Sowjet-Rußland** würde die internationale Isolierung Deutschlands aufheben. Aber dieses Bündnis hat einen Bruch mit der bisherigen deutschen Auslandspolitik zur Voraussetzung, denn diese steht noch immer im Zeichen des Imperialismus und der gepanzerten Faust gegen das sozialistische Räterußland. Diese Politik ist dazu geführt, daß sich

auf deutschem Boden die zaristische Gegenrevolution gesammelt hat.

Der Bolschewismus, der Kommunismus kann nicht als russische Importware in Deutschland eingeführt werden. Die Revolution des deutschen Proletariats ist erzeugt im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft Deutschlands, sie zieht ihre Kraft aus den wirtschaftlichen und politischen Zuständen, die der zerfallende Kapitalismus hier in Deutschland schafft. Gewiß, Rußlands Wirtschaft ist zerrüttet, weil die Gegenrevolution das russische Volk zwingt, das Schwert statt der Kelle und des Pflugs zur Hand zu nehmen. In geradezu brutaler Ehrlichkeit stellt die russische Regierung auch die Fehler fest, die beim Aufbau der neuen Gesellschaft gemacht worden sind. **Ich möchte den deutschen Regierungen etwas von dieser Ehrlichkeit wünschen.** (Lebhafter Beifall links.) Trotz aller Prophezeiungen lebt die Sowjetregierung, sie hat die Gegenrevolutionäre in Schach gehalten und die Ententetruppen und ihre zaristischen Hilfsgenerale zurückgeworfen. Sie führt einen siegreichen Verteidigungskrieg gegen den polnischen Imperialismus. Ein Bündnis mit Rußland würde wesentlich dazu beitragen, den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands zu fördern und damit auch seine Macht nach außen zu stärken. **Diese Politik würde in dem Verteidigungskampfe gegen den Ententeimperialismus der deutschen Arbeiterklasse den stärksten Bundesgenossen, nämlich das Ententeproletariat, an die Seite führen.** Wir rufen deshalb das Proletariat Deutschlands auf,

außerhalb des Parlaments

seinen Willen nach einer solchen Politik zum Ausdruck zu bringen. Deutschlands Proletariat fordert nicht 200 000 Mann Reichswehrtruppen, sondern

seine eigene Bewaffnung zur Niederringung des Imperialismus.

(Lebhafter Beifall b. d. US.) Weißgardisten und Maschinengewehre sind die ultima ratio der Koalitionsregierung zum Wiederaufbau der kapitalistischen Zwingburg. (Sehr richtig! b. d. US.) **Maschinengewehre, bemäntelt mit demokratischen Phrasen!** Die Entente stellt sich jeder Milderung des Versailler Friedens ablehnend gegenüber aus Angst vor der Wiederkehr des deutschen Militarismus. Das ist die Schuld aller bisherigen Regierungen, auch der ersten Regierung der Volksbeauftragten. (Heiterkeit.) **Der Säbel, mit dem der General Lüttwitz die junge Republik durchbohren wollte, ist geschliffen von Noske im Kampfe gegen die Arbeiterräte** zur Verteidigung der Revolution gegen ihre Feinde. waren die Sozialdemokraten nicht zur Stelle, um in den letzten Tagen der Nationalversammlung den Ansturm der Rechtsparteien gegen die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit abzuweisen?

Wir fordern Entwaffnung des Bürgertums und Bewaffnung der Arbeiterschaft.

(Zuruf rechts: Gleiches Recht für alle!) Die formalistische Gleichheit auf dem Papier ist keine wirkliche Freiheit. Das gehört zum sozialistischen Abc. (Zustimmung b. d. US.) **Die Bewaffnung des Proletariats wird durchgeführt durch die politischen Arbeiterräte** zur Verteidigung der Revolution gegen ihre Feinde. Diese Räte sollen weiter Bewegungsfreiheit schaffen für die Umwälzung der Wirtschaft von einer kapitalistischen Profitwirtschaft in eine sozialistische Wirtschaft. Die Einkommensteuer bedeutet nach unten hin die Beschlagnahme des Lohnes, nach oben die Beschlagnahme des Betriebskapitals. Wir brauchen die

sofortige Annullierung aller Kriegsanleihen

und aller großen Schulden. (Bewegung.) Wir verlangen **die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.** (Beifall und Heiterkeit rechts.) Die Rede des Wirtschaftsministers für freie Wirtschaft bedeutet, daß fortgewurstelt werden soll; **gute Zeiten für Schieber!** (Zustimmung b. d. US.) Der bisherigen Zwangswirtschaft weinen wir freilich keine Träne nach, sie hat nichts mit Sozialismus zu tun. Wir wollen die Produktionssteigerung der Landwirtschaft durch ihre **Ueberführung in den Gemeindebesitz.** Wir wollen den Großgrundbesitz beseitigen, aber nicht den Großbetrieb der Landwirtschaft.

Die heutige Arbeitslosigkeit unterscheidet sich von früheren Krisen, sie kündet des beginnende Ende der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an. Ein anderes Anzeichen war schon der Ausverkauf durch den deutschen Kapitalismus. Diese Kapitalisten hätten gern die Sterne vom Himmel geholt, um sie ans Ausland zu verschachern. (Sehr gut! b. d. US.) Jetzt wird die Wirtschaft durch kapitalistische Betriebseinstellungen sabotiert. Dem kann nur durch

die revolutionären Betriebsräte

ein Ende gemacht werden. Die Krönung dieser antisozialistischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200703-15/fragment/page=0002

Heimatpolitik ist Schlickes Schlichtungsordnung zur Beseitigung der Koalitionsfreiheit. Dieser Heimatpolitik muß die Arbeiterklasse ihre eigene revolutionäre Wirtschaftspolitik entgegensetzen. Sie muß durch ihre Arbeiterräte das System der kapitalistischen Demokratie stürzen und an seiner Stelle

die Diktatur der Arbeiterklasse aufrichten.

Die Regierung dieser Bourgeoisie findet die wohlwollende Neutralität der Rechtssozialisten. Sie behandeln die Regierung nach dem Heineschen Wort:

Blamier mich nicht, mein schönes Kind,
Und grüß' mich nicht Unter den Linden.
Wenn wir nachher zu Hause sind,
Wir sich schon alles finden.

(Heiterkeit.) Die Wahrsager aus dem parlamentarischen Kaffeesatz wußten nicht, wie sie sich zu dem Wahlergebnis verhalten sollten. **Die Regierung der Krise ist eine grausame Verhöhnung des Parlamentarismus. Sie wird zur Niederzwingung des revolutionären Proletariats mit außerparlamentarischen Mitteln vorgehen müssen und das Proletariat wird mit denselben Mitteln antworten müssen. Das Schiff der proletarischen Revolution wird nicht scheitern auf den Sandbänken des bürgerlichen Parlamentarismus.** (Beifall links.)

•

Das „Vertrauensvotum".

Ein Antrag der Unabhängigen, **daß die Regierung nicht das Vertrauen des Hauses besitzt, wird in namentlicher Abstimmung mit 313 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Für das Mißtrauensvotum stimmen nur die Unabhängigen und die beiden Kommunisten.**

Dann kam die Abstimmung über die Vertrauensresolution der Koalitionsparteien. Die Resolution lautet:

Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregierung vom 28. Juni 1920 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie dieser Erklärung entsprechend die Politik des Reiches, insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa, führen wird.

Dieser Antrag der Koalitionsparteien wurde **mit 253 gegen 32 Stimmen angenommen.** Die 62 Gegenstimmen stammten von den Unabhängigen. Die Deutschnationalen — 54 an der Zahl — hatten sich der Stimmabgabe enthalten. Das geschah aus Aerger, weil man ihren Abänderungsantrag, der den Schlußsatz des Vertrauensvotums anders fassen wollte, abgelehnt hatte.

Nächste Sitzung Sonnabend. Interpellationen. Notetat. Schluß 4 nach 9 Uhr.

Für und gegen den Lebensmittelwucher.

Köln, 2. Juli. Die Bauernschaft scheint den Kampf gegen die Städte aufnehmen zu wollen, welche die Obsterzeuger gegen den wucherischen Ausbeutung des Publikums zur Anzeige bringen. Der Bund der Landwirte hat eine Anzahl Protestschreiben an die behördlichen Stellen gesandt, die in einer starkbesuchten Versammlung im rheinischen Orte Merten zur Verlesung kamen. **Der Kölner Markt soll boykottiert werden.** Die Bauern werden aufgefordert, ihre Erzeugnisse nach anderen niederrheinischen Orten zu bringen und **sich gegen die öffentliche Gewalt aufzulehnen, falls die Staatsanwaltschaft auf dem Markt einschreiten sollte.**

•

Bayrische Bauern für den Preisabbau.

Wie aus München gemeldet wird, haben die Bauern in den Bezirken Altötting und Mühldorf beschlossen, **weitere Preiserhöhungen nicht mehr mitzumachen.** Im Bezirke **Straubing lehnten die Milchproduzenten die Milchpreiserhöhung ab.** Die bayerische Bauernschaft hat im Verein mit dem Landwirtschaftsministerium folgende **Richtlinien** aufgestellt: **Unter keinen Umständen eine Erhöhung der Brot- und Mehlpreise.** Wir müssen mit den **Getreidepreisen unter den Vorschlägen des Reichsernährungsministeriums** bleiben. Wir sind bereit, mit dem **Kartoffelpreis 10 Mk. unter den Preis des Reichsernährungsministeriums herunterzugehen.** Wir bitten die bayerische Regierung, beim Reiche dahin zu wirken, daß der ursprünglich von Bayern **vorgeschlagene Höchstsatz von 350 Mk.** (statt 420 Mk.) **für den Zentner Lebendgewicht Fleisch für das ganze Reich verbindlich** gemacht wird. Wir **können auch bei Milch um 30—40 Pf. heruntergehen,** immer vorausgesetzt, daß keine Lohnerhöhungen kommen.

Der Steuerabzug soll eintreten!

In der Erklärung, die im Steuerausschuß des Reichstags bei Erörterung der Anträge über den zehnprozentigen Steuerabzug Reichsfinanzminister Dr. Wirth abgab, heißt es: „Das Reichsfinanzministerium hat durch Erlaß der bisherigen Bestimmungen lediglich die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ausgeführt, die das Prinzip der Steuererhebung an der Quelle enthalten. Andernfalls würde ein Steuerausfall eintreten, den das Reich einfach nicht tragen kann. Zweitens würde jetzt und in Zukunft mit gefährlicher Steuersabotage gerechnet werden müssen. Wird jetzt der Steuerabzug nicht durchgeführt, so wäre für die nächste Zukunft der Hauptleidtragende nicht das Reich, sondern die Länder und die Gemeinden. Es ist dafür gesorgt, daß, wenn die endgültig zu zahlende Einkommensteuer geringer ist als der Steuerabzug, die sofortige Erstattung des zu viel erhobenen Betrages erfolgt."

•

Streik als Antwort!

Aschaffenburg, 2. Juli. Die Belegschaft der Gewerkschaft Gustav in Dettingen ist heute in Proteststreik eingetreten gegen des Steuerabzugs von der Lohnauszahlung in dieser Woche. Der Streik soll bis morgen Nachmittag dauern. Aschaffenburg, Offenbach, Darmstadt, etwa 40 größere und kleinere Gemeinden und eine Anzahl von Werke n, die von Dettingen mit Strom versorgt werden, sind für diese Zeit ohne elektrische Kraft und Licht.

Die republikanische Reichswehr.

In einer Zeit, in der sich die Reaktion krampfhaft bemüht, der Antente die Notwendigkeit einzureden, daß die Reichswehr unterdrückt werden müsse, um die „republikanischen Errungenschaften in Deutschland" zu sichern, erlauben die reaktionären Führer der Reichswehr nicht einmal, daß sich die Reichswehrtruppen im Republikanischen Führerbund" organisieren. Ein ganz schlimmer Reaktionär scheint nun der Führer des Bremer Reichswehr-Bataillons, Major v. Engelbrechten, zu sein, der ein förmliches Verbot gegen den Eintritt in die genannte Organisation erlassen hat. Obwohl Reichswehrminister Geßler gegeben hat, das Verbot zurückzunehmen, fährt der Major mit seinen Maßnahmen fort, daß sich jetzt die Ortsgruppe des Republikanischen Führerbundes gezwungen sieht, mit folgendem Notschrei an die Oeffentlichkeit zu treten:

„An die Offiziere und Unteroffiziere des Bremer Reichswehr-Bataillons!"

Den in letzter Zeit zahlreich bei uns eingelaufenen Anfragen von Angehörigen des hiesigen Reichswehr-Bataillons, ob es ihnen nun endlich gestattet sei, in den Republikanischen Führerbund einzutreten, hiermit zur Kenntnis, daß Major v. Engelbrechten **sich trotz des Befehls des Herrn Reichswehrministers Geßler, weiter, das Verbot aufzuheben. Wir bitten im Interesse der Disziplin, nichts zu unternehmen. Von unserer Seite wird veranlaßt, daß der Herr Reichswehrminister davon Kenntnis erhält.**

Ortsgruppe Bremen des Republikanischen Führerbundes.
F. Zimmermann, Vorsitzender."

Welcher Hohn auf die Zustände unseres republikanischen Deutschlands, indem ein simpler Major immer noch mehr zu sagen hat als alle Regierungsstellen!

Zur Reichsschulkonferenz.

Von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein.

II.

Der wundeste Punkt aller Schulreformer ist die Lehrerbildung. Der Lehrer ist erzogen worden im Geiste demütiger Untertänigkeit. Er ist eingezwängt in die Stufenleiter einer verknöcherten bureaukratischen Beamtenlaufbahn. Seine äußere Laufbahn wird bestimmt durch Gesinnungstüchtigkeit und Anjtellungsjahre. Aber auch innerlich wirkt der Bureaukratismus wie Zentnerlast auf die keimenden Kräfte eigenen Wollens. Es ist dem Lehrer vorgeschrieben, was und wie er zu lehren hat und ein besonderes Heer von Aufsichtsbeamten überwacht mit Argusaugen die pünktliche restlose Erfüllung der vorgeschriebenen Lehrpläne. Es ist daher nicht verwunderlich, daß gerade im Lehrerstande und besonders im Volksschullehrerstande seit der Revolution die Sehnsucht nach Freiheit kräftige Worte und bei den Energischen auch Taten gezeitigt hat. Die Reichsschulkonferenz ist der Sehnsucht der Lehrerschaft nicht gerecht geworden. Die Volksschullehrerschaft verlangt einen Lehrerstand, nicht differenzierte Klassenteilung in Volksschullehrer, Mittelschullehrer usw. Der Hauptberichterstatter aber will die Trennung erhalten wissen. Der Volksschullehrer soll sich zwar in die Wissenschaften vertiefen; der Oberlehrer aber soll wissenschaftlich forschen. Mit Recht erregte diese Scheidung den größten Unwillen. Man kennt doch die große Schar der Oberlehrer und man weiß doch, daß nur der geringste Teil nach bestandenen akademischen Prüfungen sich um wissenschaftliche Forschungen kümmert. Und dann sollte Erforschung der Wissenschaft niemals ein Teil des Standes sein. Die Universitäten sollten einem jeden, der die Fähigkeiten dazu besitzt, die Art und Weise wissenschaftlicher Forschung, die methodische Schulung, geben und es wird dann Sache des Fleißes und des Könnens sein, ob der so Geschulte wirklich ein wissenschaftlicher Forscher wird.

Doch auch von den liberaleren Berichterstattern wurde die Frage der Lehrerbildung nicht grundsätzlich erörtert. Man verlangt mehr Freiheit, mehr Ausbildungsmöglichkeit, demokratisierende Ausgleichung. Aber das sind alles nur Reformen, die aus den Augenblicksnöten herausführen sollen. Vom sozialistischen Standpunkt aus brauchen wir eine ganz andere Einstellung zu dieser Frage. Für uns bedeutet Beruf nicht Stand, sondern Berufung, Herauswachsen aus praktischer Belehrung. Die künftigen sozialistischen Lehrer sollen weder auf höheren Schulen noch auf Seminaren vorgebildet werden, sondern in Arbeits- und Erziehungsgemeinschaften. Wer als heranwachsender Mensch die Fähigkeit hat, anderen etwas beizubringen, andere zu sich heranzuziehen und ihnen behilflich zu sein, ihre Fähigkeiten auszubilden, — der ist der natürliche, der geborene Erzieher. Solche Kindesnaturen müßten von frühauf mit in den Erziehungsdienst eingestellt werden. Sei es in den Kinderhorten, in den Kindergärten oder in den Unterrichts- und Arbeitsstätten. Ueberall wird sich Gelegenheit bieten, das erziehende und lehrende Können zu versuchen, auszubilden und zu stärken. Von einem gewissen Alter ab, etwa vom 15. bis 16. Jahre, wird dann diese praktische Lehr- und Erziehungstätigkeit durch theoretische Kurse ergänzt und vertieft. In einem noch höheren Alter wird neben der allgemein pädagogischen Ausbildung eine besondere Fachausbildung einsetzen müssen. So wächst aus dem praktischen Bedürfnis und für den Bedarf der erziehenden Gemeinschaft der künftige Erzieher, und je nach dem Umfange seiner praktischen Belehrung und der Tiefe seiner theoretischen Kenntnisse wird er seine Tätigkeit an kleinen Kindern, an der Jugend oder an erwachsenen Personen ausüben. Wir Sozialisten sind uns wohl bewußt, daß eine solche Bedarfswirtschaft in der Lehrerausbildung den Rahmen des Herkömmlichen sprengt und nur in der sozialistischen Wirtschaftsordnung möglich ist. Doch das hindert uns nicht, den richtigen Weg zu zeigen und es ist wahrlich kein Fehler des Sozialismus, daß seine wirtschaftlichen Notwendigkeiten sich in Harmonie befinden mit den rein pädagogischen Zukunftshoffnungen.

Mit der Erledigung des Tagesordnungspunktes „Lehrerausbildung" wurden die Plenarsitzungen auf drei Tage unterbrochen und alles andere vollzog sich im Dunkel der Kommissionen. Diese Kommissionen hatten eine charakteristische Zusammensetzung. Die schulpolitisch bedeutsamste, die der Einheitsschule, bestand fast ausschließlich aus Reaktionären, nur wenige Sozialisten und Schulreformer führten einen aussichtslosen Kampf. Das Ergebnis war daher nichts weniger als 36 verschiedene Anträge und Thesen von widersprechendstem Charakter. Aehnlich ging es in den Fragen der Lehrerausbildung und sogar in der Kindergarten-Kommission erhob man sich nicht über den beschränkten Horizont der Reaktionäre von gestern. Die Kindergartenfrage wurde als eine Angelegenheit privater Wohlfahrt, natürlich unter staatlicher Aufsicht behandelt, als ob es gar keine sozialen Nöte gäbe, als ob der Kapitalismus nicht längst Heim und Familie zerstört hätte. Als ob nicht längst das Erziehungselend zu einem allgemeinen öffentlichen Elend geworden wäre. Wer das Massenelend unserer proletarischen Kinder kennt, der weiß, daß die öffentliche Fürsorge und Pflege nicht nur Ausnahme, sondern allgemeinste Regel und dringendstes Bedürfnis geworden ist.

Dagegen ist verhältnismäßig gute Arbeit in dem Ausschuß für Werkunterricht und Arbeitsschule geleistet worden. Hier herrschte der soziale Geist vor und in den Leitsätzen ist daher die Verbindung der Arbeit mit dem Lernen und der Gedanke des solidarischen Zusammenarbeitens, der Gemeinschaftsarbeit, lebendig. Doch leider werden diese Leitsätze schulpolitisch am wenigsten beachtet werden. Man wird sie, wie so viele Kulturideologien unserer liberal-kapitalistischen Zeit, in den Feiertagsschrein tun, um sie in seltenen Stunden anzubeten. Wir aber brauchen für unsere Erziehung nicht Sonntagsstimmung, sondern Werktagsarbeit.

Wir können in diesem Zusammenhang nicht auf alle Einzelheiten der Kommission eingehen. Ein großer Sammelband, der vom Ministerium des Innern herausgegeben werden soll, soll der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Bei der zufälligen Zusammensetzung der Reichsschulkonferenz und ihrer Diskussionsredner wäre es dringend notwendig gewesen, durch namentliche Abstimmung den Charakter der Reichsschulkonferenz festzustellen. Nur dann wäre es möglich gewesen, durch die Reichsschulkonferenz auf die schulpolitische Entwicklung einen Einfluß zu gewinnen. Man hätte die Stimmen nicht nur zählen, sondern hätte sie auch wägen müssen. Doch das wollen ja gerade die Schulreaktionäre nicht. Im Gegensatz zu der brutalen Offenherzigkeit der wirtschaftlichen und militärischen Reaktionäre umgeben sich die Schulreaktionäre gern mit einem Schein von freiheitlicher und sozialer Gesinnung. Darum lehnte man die von der linken Seite gewünschte namentliche Abstimmung ab und versteckte sich in echt bureaukratischer Feigheit hinter technischen Unmöglichkeiten. Man brauchte ja keine Abstimmung mehr. Man hatte in der entscheidenden Kommission eine reaktionäre Mehrheit und in derselben entsprechende Leitsätze durchgesetzt. Diese werden dann als **der Weisheit letzter „sachverständiger"** Schluß der Regierung und **den Parlamenten übergeben,** um von diesen dann praktisch ausgenützt zu werden. Nach der Ablehnung der Abstimmung erklärte die Linke, die oppositionelle Minderheit, daß sie die bloße Erstattung von Berichten aus den Ausschüssen, ohne daß Diskussion oder Stellungnahme durch Abstimmung der Teilnehmer möglich wäre, für eine Zeitverschwendung und Herabwürdigung halte.

Daraus hätte sich mit Notwendigkeit ein Boykott der Reichsschulkonferenz ergeben müssen. Aber nur wenige ausschließlich USP.-Mitglieder der Reichsschulkonferenz verließen den Saal. Die Reichsschulkonferenz hörte sich noch zwei Tage lang Berichte an, die man ebenso gut hätte schriftlich geben können und Schulz und Koch schlossen dann weihevoll die Reichsschulkonferenz, indem sie mit begeisterten Worten die große Bedeutung heraussstrichen, die die Reichsschulkonferenz durch ihre Ergebnisse erlangt hätte.

Wir aber werden uns durch diese Selbstbeweihräucherung und Aufblähung nicht beirren lassen. Von der Reaktion können wir auch auf diesem Gebiete nichts erwarten, als das, was wir uns mit der Macht des Proletariats erobern. Auch für die Erziehung und Bildung unserer Jugend gilt, daß der Befreiungskampf der Arbeiterschaft nur ihr eigenes Werk sein kann. Keine Reichsschulkonferenz wird uns darüber hinwegtäuschen können, selbst wenn sie bessere Ergebnisse gehabt hätte. Für uns Sozialisten sind solche Konferenzen nur Schaugepränge des demokratisch sich ausstaffierenden Bürgertums. Unser Weg wird sein, die Köpfe des Proletariats auch in Schul- und Erziehungsfragen zu revolutionieren und sie zur befreienden Tat reif zu machen, die auch die kulturellen Ketten zerbrechen wird

Ein Erfolg der Würzburger Arbeiterschaft.

Der Belagerungszustand aufgehoben. Würzburg, 2. Juli. Gestern wurde der Belagerungszustand wieder aufgehoben. Acht Rädelsführer bei den Unruhen, welche hauptsächlich das Plündern von Läden verursachten, wurden verhaftet und werden wegen Landfriedensbruches abgeurteilt werden. — Die vereinigten sozialistischen Parteien in Würzburg haben bei dem Regierungspräsidenten von Hänle die Aufhebung des Ausnahmezustandes, Zurückziehung der Reichswehr und den Eintritt von Arbeitern in die Einwohnerwehren durchgesetzt. Diese werden durch das gewerkschaftliche Komitee vorgeschlagen und dürfen eine rote Armbinde anlegen. Eine große Anzahl von USP.-Leuten ist auf diesem Umwege in die Einwohnerwehr eingetreten. Das wird von den Arbeitern als Anfang einer Arbeiterwehr angesehen. Die Münchener Presse wütet natürlich gegen diesen Erfolg der Würzburger Arbeiter und schreit nach der Regierungsgewalt zum „Einschreiten gegen diese Zustände".

Die wahren Lohnwucherer.

Das Geschrei über die produktionsverteuernden hohen Arbeiterlöhne will nicht verstummen. Wo in Wahrheit die Lohnwucherer stecken, zeigt eine kleine Anfrage im Reichstage, in der mitgeteilt wird, daß einzelne Verbände von Dreschmaschinenbesitzern für den diesjährigen Ausdrusch einen Stundenlohn von über 80 Mk. fordern.

Bei solchen unverschämten Forderungen der Dreschmaschinenkapitalisten ist es freilich kein Wunder, daß die Preise für Brotgetreide und Brot immer unerschwinglicher werden!

Ueber den Landarbeiterstreik in Pommern

wird den P. P. N. von zuständiger Seite geschrieben: In den Kreisen Rummelsburg, Belgard, Köslin und Bublitz wird gestreikt. Während in den Kreisen Rummelsburg und Köslin der Streik ein heftiger ist, ist er im Kreise Belgard und Bublitz schwächerer Art. Technische Nothilfe ist kaum eingesetzt. Nur im Kreise Belgard auf drei bis vier Gütern und im Kreise Köslin auf fünf Gütern. In Bublitz sitz wird heute verhandelt, in Rummelsburg ebenfalls. In Belgard finden morgen Verhandlungen vor den land- und forstwirtschaftlichen Spruchkammern statt. In Bütow waren gestern Verhandlungen.

In Köslin hat sich die Lage verschärft, insofern als die vorhandenen Gegensätze durch gestern in der Stadt Köslin stattgehabte Versammlungen der Großgrundbesitzer und der Betriebsräte die Stimmung erregter gestaltet haben. Die Sicherheitspolizei hat ihre alten Standorte beibehalten. Im Bezirk herrscht vollkommene Ruhe. Anzeichen von „Kommunismus", von denen Berliner Zeitungen wie der Tag berichten, liegen nirgendswo vor.

Notizen.

Der Bürgerkrieg in China. Wie Reuter aus Schanghai meldet, wütet in Hunan der Bürgerkrieg. Die Südchinesen haben Jotschou besetzt. Infolge des terroristischen Auftretens von Banditen in den Bezirken von Hankau unternehmen die englischen, amerikanischen und japanischen Yangtse-Geschwader eine gemeinsame Aktion.

Griechische Niederlage? London, 2. Juli. Daily Expreß berichtet aus Konstantinopel vom 30. 6.: Der Sultan erhielt von Brussa die Nachricht von einem Siege der Nationalisten, die Bergama eingenommen hätten. Die Griechen hätten mehrere tausend Mann verloren. Die Nachricht ist noch nicht bestätigt.

Gewerkschaftliches.

Der Eisenbahnerstreik auf dem braunschweigischen Landeseisenbahnen.

hat sich weiter verschärft. Gestern wurde auch die Beförderung von Milch und die Bewachung der Bahnen durch die Streikenden eingestellt. Alle Einigungsversuche zwischen der Leitung der braunschweigischen Privatbahn und den Streikenden sind bisher gescheitert. Die Milchversorgung der Stadt Braunschweig wird durch die neuerliche Kampfverschärfung schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Streik in Saarbrücken.

Saarbrücken, 2. Juli. Auf der Burbacher Hütte ist seit gestern mittag die ganze Belegschaft im Ausstand. Im Laufe des heutigen Vormittags sind einzelne Betriebe gefolgt, wie B. Ehrhard u. Sehmer, Gußstahlwerke und Waggonfabrik Lüttgens. Die Ursache des Streiks soll darin zu suchen sein, daß die vor mehreren Wochen abgebrochenen Lohnverhandlungen noch nicht wieder aufgenomen worden sind.

Allerlei.

Großer Spiritus-Schmuggel.

In Duisburg gelang es, eine Schmugglerbande zu ermitteln, deren Mitglieder, wie verlautet, angesehenen Handelskreisen angehören. Zuletzt haben sie etwa für 1½ Millionen Mark hochprozentigen Spiritus, das Liter zu 18 Mk., hereingeschmuggelt und für 91 Mk. verkauft. Die Behörden haben unzweifelhaft festgestellt, daß auch belgische Offiziere dabei ihre Hand im Spiele hatten. Die Begleitpapiere waren vom belgischen Kapitän Vernon, der der hiesigen Schiffahrtsgruppe von der Entente zugeteilt war, unterzeichnet und mit sämtlichen Dienststempeln versehen. Ein Teil der Ware und des Geldes konnte beschlagnahmt werden. Die Haupttäter wurden verhaftet und wegen Landesverrats unter Anklage gestellt. Außerdem wurde ihr Vermögen bis zu 3½ Millionen mit Beschlag belegt.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Hans Bobla; für Aus der Provinz und Bewegungsnachrichten: Johann Janßen; für Anzeigen: Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200703-15/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.

Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.
Fernsprecher 1473.

Dammendorf und Umgegend.

Die öffentliche Versammlung findet **nachm. 3 Uhr** statt.

2069 **Der Vorstand.**

---

3 Könige

2062

Kl. Klausstr. 7, Nähe des Marktes.

Das neue Spezialitäten-Programm.
Jede Nummer ein Schlager.

Anfang der Sonntags-Vorstellung ½4 Uhr.

B. B.B.

Reiks Bunte Bühne,

Ecke Gr. Ulrichstr. u. Jägerpassage.

Ein neuer Spielplan. — Ein neuer Erfolg.

Sonntag, vorm. von 11—1 Uhr:

Sensations-Künstler-Matinee

d. Intern. Artistenloge u. des I. u. V. (Sicher wie jetzt.)

∴ Kegelklub Neuntöter ∴

(Mitglied des V. K.-K.) im Volkspark.

Sonntag, den 4., u. Sonntag, den 11. Juli, von vormittags 11 Uhr an im Bürgergarten, Liebenauerstrasse 151:

Oeffentl. Geldpreiskegeln

Preise: 150, 100, 80 Mk. usw. 2041

4 Schub 1 Mk. 4 Schub 1 Mk.

H. F. C. Viktoria 1908

(Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes).

hält am Sonntag, den 4. Juli, sein diesjähr.

Sommerfest

ab. Bestehend aus Wasserfahrt m. Musik (ab Peißnitzbrücke, mit Musik, 2½ Uhr).

Gartenkonzert, Preiskegeln u. -schießen sowie Ball im Trothaer Kaffeegarten.

Freundlichst ladet ein 2066 **Der Vorstand.**

Rest. zur Nelke, Steinweg 21.

Sonntag, den 4., und Sonntag, den 11. Juli, von vormittags 11 Uhr an:

Groß. Geld-Preiskegeln.

2055 **4 Schub 1 Mark.**

1. Preis 150 M., 2. 100 M., 3. 75 M., 4. 50 M. usw.

Am 4. Juli: 2 Tagespreise. Der Vorstand.

Gasthof zur Sonne :: Nietleben.

Sonnabend von 6 Uhr an: *915

Oeffentlicher Ball.

Bandonium-Musik.

Es ladet freundlicht ein. **W. Klemm.**

Gasthof Mohr, Bürgstr. 72.

Sonntag 3 Uhr: **Ball.** 2063

Es ladet freundlichst ein **Martini.**

Geschäfts-Uebernahme.

Den verehrten Einwohnern von Schönnewitz und Umgebung zur Mitteilung, daß ich den

Gasthof zur Linde

pachtweise übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, meinen Gästen aus Küche und Keller nur Gutes zu bieten.

Mit der Bitte um regen Zuspruch zeichnet

Robert Blume u. Frau.

Ausspann. Telephon 4184.
Endstation der Linie 9. 2054

Dampferfahrt

Genzmerbrücke—Rabeninsel.

Regelmässige Fahrten: Sonntags von 8 Uhr.

Dienstags u. Freitags von 2 Uhr mit Musik.

Anmeldungen von Vereinen usw. Saalberg 14 am Schiff.
*938 **Bergmann, Jahnstr. 2. Tel. 4359.**

Achtung!

Damen- u. Herrenhüte

werden nach den modernsten Formen zum

Umpressen und Umarbeiten

angenommen. Auf sorgfältigste Ausführung und schnelle Lieferung wird besonders Wert gelegt.

Die neuesten Muster-Formen für Herbst u. Winter liegen bei mir aus.

Agnes Heckerott, Inh.: G. Fölsner,
Dreyhauptstrasse 6 (Am Hallmarkt). 2051

U.T

Leipziger Straße 88 — Fernruf 1224.
Alte Promenade 11a — Fernruf 5738.

Nero

Monumentalfilm aus der Zeit des Verfalls des römischen Kaiserreiches. Unnachahmliche Prachtentfaltung in den einzelnen Bildern. Der grosse, klassische Film mit über 6000 Mitwirkenden in acht glanzvoll inszenierten Akten mit riesenhaften Dekorationen.

Nach geschichtlichen Ueberlieferungen bearbeitet von **Dr. L. Marchese.**

Vorführ.: 4.00 6.10 8.20.

Beginn 4 Uhr.

Das einsame Wrack.

Der grösste Sensationsfilm (6 Akte) der Gegenwart durch seine aufregend. Szenen auf dem Meeresgrunde.

Die Tauchszenen wurden von Heinz Kartiefland mit Hilfe der schlauchlosen Dröger-Tiefsee-Tauch-Apparate persönlich unter Wasser aufgenommen. Heinz Karl Heiland steuert sein 100 PS.-Rennboot „Pasodan".

In den Hauptrollen: Harry Liedtke. Loo Hoff.

Vorführg.: 4.10 6.20 8.30.

Die neuest. Wochenberichte.

Beginn 4 Uhr.

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm!

2061

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstraße 51. Fernruf 4681.

Erstaufführung!

Hilde Wolter

Die Sensation der mod. Spielfilme!

Büßer der Leidenschaft

Die Geschichte einer Liebe in 5 Akten!

Vorführung: 4.50 6.50 9.00.

Hierzu: 2070

Karlchen, das verliebte Schneiderlein, Lustspiel in 3 Akten.

Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachm. kleine Preise bei vollem Programm!

Einlaß 3¼ Uhr, Beginn 4 Uhr. Letzte Vorstellung 8.15 Uhr!

Handels- u. Transportarbeiter!

Dienstag, den 6. Juli 1920, abends 7½ Uhr,
2056 im „Volkspark", Burgstraße 27:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Unsere Eingabe an den Arbeitgeberverband vor dem Schlichtungsausschuß.**
2. **Aufstellung neuer Gruppen-Lohntarife.**

Alle Mitglieder, die unter den Gruppentarifen arbeiten, müssen erscheinen. **Ohne Verbandsbuch kein Zutritt.**

Deutscher Transportarbeiterverband, Zahlstelle Halle.

Achtung! Achtung!

Wir kaufen und zahlen für: 2064

Kupfer	p. kg Mk. 4,00—5,00	Blei	p. kg Mk. 1,60—1,50
Rotguß	p. kg Mk. 3,00—4,00	Zink	p. kg Mk. 1,00—1,50
Messing	p. kg Mk. 1,50—2,00	Eisen	p. kg Mk. 0,20—0,40

für Lumpen, Papier, Felle, Flaschen, Knochen usw. zahlen wir nach wie vor die höchsten Tagespreise.

Bergmann & Ko., Rohprodukten, Kleine Ulrichstraße 26, Hof.

Alte Promenade 6.

Chesterfield,

die allbeliebte Marke ohne Aufdruck, mit Nebo, halb u. halb, Mille 500 Mk. — Gebe auch einzeln ab. — (Bei größer. Abnahme noch besondere Preise) und andere Marken mehr.

Deutsche Zigaretten ab 24 Pf.

Zigarren, sowie echten **Nordhäuser Kautabak.**

A. M. Berndt,
Alte Promenade 6. 2042

Alte Promenade 6.

Hoher Nebenverdienst!

Untervertreter in Fabriken, Bergwerken, Vereinen, Gewerkschaften u.a. für den Verkauf von echt. übers. Zigarren, Tabak u. r. er. Zigaretten gesucht. Anfragen an **Ernst Müller, Leipzig,** Kronprinzenstr. 23, I *960

Im Vertrauen! Bei Monatsbeschwerden helfen sofort meine echt. Frauentropfen, Fl. Mk. 8, extrastark Mk. 12, Doppelflasche Mk. 20. Hiersu Frauentee. Paket Mk. 4. Versand gegen Nachnahme diskret. Preisliste üb. hygien. Artikel gratis und franko. Versandhaus Hygiea. *927 **Bremen 254, Postfach 311.**

Raucherdank!

Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst.

Versandhaus Urania *931 **München B 28 Waltherstr. 38**

Gesund und ohne Sorge!

Damen wenden sich bei allen Fr.-Leid.: Weißfluß, Störungen, Stockung usw. mit genauen Angaben an **Frau Elise Vogel, Hamburg 39, Hitv.**

+ Eheleute müssen die hochinteress. Aufklärschrift v. Prof. Dr. D. gelesen haben. Umsonst gegen Rp. *933

Bettstellen

Patentmatratzen, Auflagematratzen, breitteilig, mit Keil, kein Papier, in echtem Drell, stets vorrätig.

Chaiselongue, 2090 Zimmerdekoration.

Umarbeiten alter Polstersachen.

Keller, Matratzen-Magazin.
Brunnowarte 27.

Tätowierung.

Entf. garantiert schmerzlos i. wenig. Tag. Prosp. grat. **Nitschke, Charlottenburg 51, Kantstraße 60.** *923

Gummi-waren-Versand,

Liste Nr. 8 einfordern.

E. Kertzscher, Leipziger Str. (Ecke Poststr.). 2081

Verlobungs-Ringe. 1962

Eigene Fabrikat. daher

billigste Bezugsquelle, Werkstatt m. elektr. Betr.

R. Voss, Geiststr. 46,
Gold- u. Juweleufabrikant.

Eheleute!

Verlangt sofort umsonst illustr. Prospekt über die neue sensat. Erfindung

„Juna"

von

Paul Schwärecke,
*924 **Hettstedt.**

Reparaturen an 2035

:: Uhren ::

übern. bei solider Ausführ. zu normalen Preisen.

H. Lerner, Uhrmacher, Große Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstr.).

+ Frauenschutz.

Spülapparate, Frauentropf.

Preisliste einfordern durch **Versandhaus Germania,**
2034 **Halle a. S.,** Landsberger Str. 5, 1 Tr.

Raucherstreik!

ermöglicht in einig. Tagen das Rauchen ganz od. teilweise zu unterlassen. Wirkung verblüff. Vollst. unschädlich. Täglich Anerkennungen. Auskunft umsonst.

Merkur-Versand München 201,
*983 **Neuretherstr. 13.**

Fußschweiß

u. übl. Geruch beseit. ohne schädl. Nachl. i. Jahr. bew.

Essenz Desodor

anerk. best. Mittel ℳ 6,50 frko. Verl. München 7,
*926 Postfach 54—55.

+ Kluge +

Frauen

nehmen bei Störung, Stockung, nur die seit Jahren glänzend bewährten **Feebar-Apparate, Tropfen** extrastark M. 12,50. Trinkkur M. 4. Fußbadesulver M. 4. In hartnäckigen Fällen gesamte Kur anwenden. Fr. O. i. H. schreibt: Ihre Präparate sind hervorragend u. ist der Erfolg sicher. Senden Sie mir sofort noch eine Kur, ich will diese nicht mehr entbehren. Preisliste über **Hygien. Artikel** gratis durch: **Vers. München 7,** Postfach 54—55. *925

Stadt- und Land-Umzüge

führt sachgemäß und 2029 billig aus

Wilh. Müller,
Gr. Brunnenstr. 53.
Fernsprecher 4100.

Auf zum Protest!

Mit dem 20. Mai d. J. ist das neue Lichtspielgesetz in Kraft getreten. Auf Grund desselben dürfen Jugendliche nur für solche Vorstellungen zugelassen werden, welche ausschließlich für Jugendliche bestimmt sind. **Wir protestieren nicht gegen das Lichtspielgesetz im allgemeinen, sondern wir fordern unsere Freunde und Gönner auf,** 2037

gegen das Schutzalter von 18 Jahren zu protestieren

und sich in

die Protestlisten einzuzeichnen,

welche in

allen Lichtspieltheatern des Deutschen Reiches

ausliegen.

Weil das Lichtspiel nicht die Schuld an der Vernachlässigung der Jugendlichen trägt, ist uns der Grund auch nicht ersichtlich, weshalb das Schutzalter auf 18 Jahre festgesetzt wurde. Es ist bekannt, daß Jugendliche von 16—18 Jahren als „Erwachsene" gelten wollen. Nirgendwo ist aber in der „gesamten Gesetzgebung" der Schutz der Jugendlichen auf eine so lange Dauer von Jahren erstreckt wie hier, nirgendwo bis zum Alter von 18 Jahren, „Jugendliche" schon wo mancher selbständig sich ernährt **und vielleicht auch noch zum Lebensunterhalte der Familie nicht unwesentlich beiträgt.**

Und die Gewerbeordnung unterwirft auch nur die Jugendlichen bis zu 14 bzw. höchstens 16 Jahre ihrem Schutze.

Im weiteren sind ungeheure Rechte von äußerst schwerwiegender Bedeutung den Jugendlichen schon vom 14. Lebensjahr an zugesprochen. Mit 14 Jahren kann ein Jugendlicher entscheiden, welcher Religion er angehören will, kann aus der Kirche austreten, mit 16 Jahren kann er in einen anderen Staatsverband übertreten, mit 16 Jahren ist er eidesfähig, mit 16 Jahren kann er ein Testament errichten, mit 16 Jahren, wenn weiblichen Geschlechts, kann er heiraten.

Gerade dieses letztere würde zu einem unhaltbaren Zustand führen: eine 16- bis 17jährige verheiratete Jugendliche, die oft bereits Mutter ist, wäre vom Besuch der Lichtspiele ausgeschlossen, und nur ihr älterer Ehegatte dürfte dieselben besuchen.

Kein Geringerer als Herr Prof. Dr. Brunner, Referent im Reichswohlfahrts-Ministerium und Zensurarbeit beim Polizeipräsidium Berlin, derselbe, **der als eigentlicher Vater des ominösen Gesetzes anzusprechen ist,** sowie Geheimrat Dr. Blankenburg, Vertreter des **Kultusministers und Provinzialschulrat der Provinz Sachsen,** sowie Ministerialdirektor Jahnke sind die ersten Opfer des neuen Reichs-Lichtspielgesetzes.

Den beiden

noch nicht 18 Jahre alten Söhnen

der beiden letzteren wurde der Zutritt von den verantwortlichen Leitern der Kammerlichtspiele in Berlin, Herren Direktor Hammerstein und Dr. Paull verwehrt.

Darüber gerieten Herr Geheimrat Dr. Blankenburg und Ministerialdirektor Jahnke in große Erregung. Der gerade hinzukommende Prof. Dr. Brunner veranlaßte aber, daß beide Herren ihre Söhne **mit zu den Vorführungen hineinnehmen durften.** Anzeige ist bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Der Tatbestand ist gegeben.

Wir fordern gleiches Recht für alle! Oder haben hochgestellte Persönlichkeiten immer noch mehr Recht?

Ja, sogar Herr Prof. Brunner bezeichnet jetzt **wörtlich** die Heraufsetzung des Alters der Jugendlichen auf 18 Jahre

als Unsinn!

„Darum heraus zum Protest!"

Kommt alle, Ihr Freunde und Gönner, **geht uns Eure Unterschrift und beweist, daß Ihr nicht gegen uns, sondern mit uns seid, wenn es gilt, Euch Eure Unterhaltungsstätte zu erhalten.**

Dieser Protest gilt zu gleicher Zeit **gegen die** ungeheure Bedrückung durch die fast in allen Orten einsetzende Bewegung zur **Erhöhung der** Eintrittskartensteuer.

Bürger, Geschäftsleute, Handwerker, Arbeiter!

Alle die Ihr nach des Tages Last und Mühen in dieser trostlosen, erbärmlichen Zeit eine Stunde der Erholung und Unterhaltung zur **Ablenkung** Eurer trüben Gedanken sucht, Euch tut und will man Euer bißchen Vergnügen derartig durch hohe Eintrittskartensteuer verteuern, daß die Existenzfähigkeit sämtlicher Lichtspiel-Betriebe ohne Zweifel in Frage gestellt wird und 100000 Arbeitslose aus unserer Branche **Arbeitslosenunterstützung beziehen müssen.**

Reichsverband deutscher Lichtspiel-Theater-Besitzer E. V., Sitz Berlin,

Ortsgruppe Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200703-15/fragment/page=0004

Mordprozeß Blau.

Fünfter Verhandlungstag.

Zu Beginn der Sitzung teilt Staatsanwalt Ortmann mit, daß Citomar Toifel ihm in einem Briefe ohne Ortsangabe mitgeteilt habe, daß er vor Gericht als Zeuge erscheinen würde, wenn ihm freies Geleit und polizeilicher Schutz gewährt würde. Rechtsanwalt Weinberg hat Nachricht erhalten, daß der Redakteur Heinrich, dem gegenüber in Gegenwart Fichtmanns ein gewisser Schweitzer, der mit dem Spitzel Schreiber identisch sein soll, zugestanden hat, daß er

den Mord an Blau begangen

habe, zurzeit in Moskau weile. Rechtsanwalt Weinberg erkundigt sich, ob die Staatsanwaltschaft für diesen Entlastungszeugen und sein Erscheinen die gleichen Summen zur Verfügung stelle, wie für die Herbeischaffung des Kronzeugen Schreiber. Der Staatsanwalt erklärt, es stehe ihm frei zu entscheiden, inwieweit eine Zahlung an den Zeugen Schreiber in Höhe von 4000 Mk. zu erfolgen hätte. Dr. Liebknecht erklärt, daß es sich bei Schreiber um den glatten

Kauf einer Aussage

handele, wogegen der Staatsanwalt heftig protestiert. Mit Nachdruck weist Rechtsanwalt Weinberg darauf hin, daß durch die wenigen Erklärungen des Staatsanwalts der Eindruck befestigt werde, als ob es von der Art seiner Aussage abhänge, ob Schreiber die 4000 Mk. erhalte.

Es wird nun die Beteiligung des Spitzels Blau in den Berliner Januarkämpfen erörtert. Blau hatte es verstanden, sich zum Kommandanten von Büren stein zu machen und suchte die revolutionäre Besatzung beim Nahen der Regierungstruppen zum Kampf bis aufs Messer aufzureizen. Während die Arbeiter hingemetzelt wurden, verschwand Blau unter Mitnahme der Löhnung der Besatzung in Höhe von mehreren tausend Mark. Aus den Akten wird festgestellt, daß Blau, damals im Namen der revolutionären Arbeiterschaft, ein Berliner Magistratsauto beschlagnahmt hat. Obwohl Blau den Berliner Gerichten als

Rädelsführer beim Aufruhr und Landfriedensbruch

bekannt war, ist eine Anklage gegen ihn nicht erhoben worden, „weil er nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nicht auffindbar sei". Aus den Akten wird weiter festgestellt, daß der Spitzel Blau unter Drohung mit dem Gericht von einer militärischen Nachrichtenstelle 500 Mk. erpreßt habe, ferner daß Blau während seiner Münchener Tätigkeit von der berüchtigten Eisernen Schar, zu der Leutnant Bachmann gehörte, ein Monatsgehalt von 530 Mk. bezog. In einem Schwindelbericht hat Blau behauptet, der frühere russische Gesandte in Berlin, Joffe, sei damit beschäftigt, von der Schweiz aus Krankheitserreger nach Deutschland zu importieren, mit denen die Moskefreiwilligentruppen infiziert und vernichtet werden sollten. Ein zweiter Lügenbericht des Blau beschuldigt Joffe, die Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring angestiftet zu haben. Der Vorsitzende stellt durch Befragen des Kriminalkommissars Trettin und aus den Akten die schändliche Tätigkeit des Ermordeten fest, wobei der Zeuge Trettin ausruft: Es besteht kein Zweifel darüber, daß

Blau ein Lump

war. (Beifall im Zuhörerraum, den der Vorsitzende rügt.)

Der Zeuge Pohl wird daraufhin mit den Kriminalkommissaren Trettin und Maslak konfrontiert. Während die beiden Kriminalkommissare dabei bleiben, daß die damalige Aussage Pohls trotz seines Zusammenbruchs der Wahrheit entsprach, erklärt Pohl, daß infolge seiner damaligen seelischen Beschaffenheit die früheren Angaben unrichtig seien und seine jetzige Aussage zutreffend sei. — Zeuge Kutscher Schröder ist der Mann, der die Leiche Blaus zum Kanal getragen hat; auch er war in Untersuchungshaft. Der Vorsitzende und Rechtsanwalt Weinberg machen den Zeugen auf sein Recht, die Aussage soweit zu verweigern, wenn er sich selbst beschuldigen würde, aufmerksam. Schröder erklärte nur, sich an nichts zu erinnern. Eine Erklärung, ob er die Aussage machen oder verweigern will, gibt er nicht ab, da er aus den Belehrungen nicht klug werde. Daraufhin wird von seiten der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung auf seine Vernehmung verzichtet. Schneider Max Eulenberger wird aus dem Gefängnis vorgeführt. Eulenberger hat aus der Haft der Staatsanwaltschaft gegenüber sich bereit erklärt, die Affäre Blau im Zeitraum von acht Tagen vollständig aufzuklären und dadurch die Aufhebung der Reichszentrale der KPD. zu ermöglichen. Bedingungen waren Geld und Niederschlagung der Kriminalverfahren, die wegen unpolitischer Strafhandlungen gegen ihn schwebten. In einem weiteren Brief hat Eulenberger den Angeklagten Hoppe und einen Kommunisten Kronbitter der Ermordung Blaus beschuldigt, wobei er sich auf einen gewissen Schmidt aus München bezog, von dem er nähere Mitteilungen über die Mordtat erhalten habe. Diese Angaben hat Eulenberger vor dem Untersuchungsrichter beschworen. In der Hauptverhandlung erklärte Eulenberger, alle seine Angaben über die Blauaffäre seien vollständig erlogen, er habe nur den einen Wunsch gehabt, freizukommen und geglaubt, auf diese Art sich der Haft entledigen zu können. Seine Aussagen und seine Vereidigung habe der Untersuchungsrichter mit der Drohung erpreßt, er würde in der Blauaffäre als Angeklagter behandelt werden. Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß er sich selbst des Meineids beschuldige, indem er seine beschworene Aussage als unwahr erkläre, erwidert der Zeuge: Ja, ich habe einen Meineid geschworen. Ich bin Kommunist und bin meiner Ueberzeugung untreu geworden, ich habe sehr charakterlos gehandelt und will diese Handlungsweise sühnen. Ich erkläre, daß ich gelogen habe, selbst wenn ich ins Zuchthaus komme. — Der Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Marquardt wird über die Glaubwürdigkeit der Zeugen Pohl und Eulenberger vernommen. Er habe die Aussagen für glaubwürdig gehalten. Es kann nicht die Rede davon sein, daß er die Aussage des Eulenberger erpreßt habe. Rechtsanwalt Weinberg fragt den Zeugen, ob er wisse, daß die berüchtigte Spitzelin

Schröder-Mahnke in Männerkleidern

den Angeklagten Hoppe im Gefängnis aufsuchen durfte und hineinzulegen versuchte. Der Untersuchungsrichter bestreitet, die Schröder-Mahnke zu kennen. Einmal kam nur jemand in Soldatenuniform mit Brille zu mir und erhielt die Erlaubnis, den Angeklagten Hoppe zu sprechen. Rechtsanwalt Liebknecht weist darauf hin, wie schwer es ist, selbst für die nächsten Angehörigen, ja selbst für die Verteidigung, eine Sprecherlaubnis zu erhalten. Der Untersuchungsrichter müsse angeben können, auf Grund welcher „besonderen Empfehlungen" der Schröder-Mahnke die Sprecherlaubnis erteilt wurde. Rechtsanwalt Weinberg fragt weiter, ob dem Zeugen bekannt sei, daß die Schröder-Mahnke sogar im Richterzimmer mit dem Angeklagten Hoppe gesprochen habe, und daß dieser Spitzelin Einsicht in die Akten gegeben wurde zu einer Zeit, in der der Verteidigung diese Einsicht verweigert wurde. Der Untersuchungsrichter erklärt, mit seinem Wissen und Willen sei dies nicht geschehen. Kriminalkommissar Maslak muß einräumen, daß die Schröder-Mahnke auf seine Empfehlung im Gefängnis Zutritt erhalten habe. Der Untersuchungsrichter will erst nachträglich von dem Kriminalkommissar Maslak erfahren haben, daß es sich um eine Frau in Männerkleidern handele und verweigerte später die Sprecherlaubnis. — Der Angeklagte Hoppe erklärt, daß die Schröder-Mahnke ihn ohne Gegenwart des Beamten sprechen konnte, sie habe sich ihm als Genossin vorgestellt und ihm das Angebot gemacht, ihn aus dem Gefängnis zu befreien. Draußen seien Genossen, die ihm bei der weiteren Flucht helfen würden. Zur selben Zeit, wie aus den Akten hervorgeht, warnte die Schröder-Mahnke die Polizei vor Befreiungsplänen der Kommunisten. Kriminalkommissar Maslak: Es ist dies ohne mein Wissen geschehen.

Die Schröder-Mahnke hat ein ganz gemeines Doppelspiel getrieben.

(Bravo! im Zuhörerraum.)

Zeuge Kronbitter aus Lichtenberg war auf Denunziation Eulenbergers verhaftet. Er erklärt die Eulenbergerschen Angaben über seine Beteiligung an der Mordtat für erlogen. Er habe mit der Tat nichts zu tun. — Das Gericht beschließt, Kronbitter, Schmidt und Eulenberger zu vereidigen. Pohl bleibt wegen Verdachts der Mittäterschaft unvereidigt. Eulenberger verweigert die Eidesleistung, weil er befürchtet, wegen zweier Meineide verfolgt zu werden. Er bleibt dabei, daß seine belastenden Aussagen in der Voruntersuchung falsch waren, während er heute die Wahrheit berichtete. Das Gericht verhängt über ihn 300 Mk. Geldstrafe.

Zeuge Leuscher macht eingehende

Angaben über die Spitzelwirtschaft.

Er hat in Erfahrung gebracht, daß der Spitzel Stolz den Spitzel Blau überlistet hat und ihm das Material abgekauft hat, welches Blau glaubte, der Kommunistischen Partei zu verkaufen. Damit erfuhren die militärischen Dienststellen, welche die Auftraggeber des Stolz waren, die Gewißheit, von dem Blauschen Doppelspiel und seitdem begann von seiten des Stolz eine Hetze gegen Blau, welche mit ein Schlüssel für die Bluttat bildet. Nach der Ermordung Blaus hat Stolz der Frau des Zeugen Leuscher einen Fahrtausweis über sechs Personen gebracht, damit sich die Täter flüchten könnten. Hieran erkannte Leuscher, daß er im Verdacht stand und von Stolz der Behörde in die Hände gespielt werden sollte. Er flüchtete darauf ohne Hilfe des Stolz nach Königsberg. Hier wurde er verhaftet. Nach seiner Auslieferung nach Berlin wurde auch ihm ein Spitzel, namens Samson, in die Zelle gelegt, dessen Angaben über seine Geständnisse völlig erlogen sind. Richtig dagegen ist, daß der Zeuge unter dem Druck der kriegsgerichtlichen Untersuchung völlig zusammenbrach und dem Kriminalkommissar einige Angaben, so über die Wohnung Pohls und das Mitgehen des Hoppe machte. Der Zeuge hat sich über die Schwäche später die schwersten Gewissensbisse gemacht. Er hat hierüber auch verschiedentlich an seine Familie und an seinen Verteidiger Dr. Rosenfeld geschrieben. Der Staatsanwalt versucht, diese Briefe so auszulegen, als ob die Reue des Zeugen Leuscher sich nicht auf die Parteiangelegenheit, sondern auf die Ermordung Blaus beziehe. Eine Auffassung, welcher der Zeuge energisch entgegentritt. — Die Vernehmung soll Donnerstag fortgesetzt werden.

Aus der Partei.

Zur Frage der Internationale.

Zu den Beschlüssen der Englischen Arbeiterpartei, in der 2. Internationale zu verbleiben, schreibt der Daily Herald in London in der Ausgabe vom 26. Juni 1920:

„. . . Daß die Konferenz der Englischen Arbeiterpartei in Scarborough für das Verbleiben in der 2. Internationale stimmte, war vorauszusehen, doch ist es noch nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit.

Die 2. Internationale ist tot. Mit dem Augenblicke, in dem die Franzosen, die Deutschen, die Italiener und die Russen — ganz zu schweigen von den sozialistischen Parteien verschiedener kleinerer Nationen — sie verlassen, ist sie nicht länger und in keinem Sinne eine Internationale.

Wir wollen noch einmal appellieren: Ebenso an Genf als an Moskau, persönliche Streitigkeiten zurückzustellen vor der Sache. Wichtiger als alle persönlichen Streitigkeiten und notwendig für die Bewegung ist eine wirkliche Internationale.

Wir könnten Kompromisse schließen in unwesentlichen Punkten, aber wir sind entschieden gegen Kompromisse in prinzipieller Beziehung. An ihrer Kompromißpolitik ist die 2. Internationale zugrunde gegangen. Es ist nicht möglich, Kompromisse zu schließen, nicht zwischen den verschiedenen Auffassungen sozialistischer Ideen und nicht zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Die neue Internationale, welche wir noch in nächster Zukunft sich bilden zu sehen hoffen — unter welchem Namen es auch sein mag — muß entschieden sozialistisch sein, frei von irgendwelcher Liebäugelei mit kapitalistischer Politik. Sie muß zum Ziel haben die vollkommene Ueberwindung des Kapitalismus und die Kontrolle der Weltbeziehungen durch die Arbeiter der Welt selbst.

Nur auf diesen Programmpunkten und auf keinen anderen wünschen wir die Wiederherstellung einer wirklichen Internationale. Und in diesen Tagen ist diese Arbeit der Wiederherstellung wichtige rals jede andere. . . ."

Daily Herald vergleicht den Kampf der sozialistischen Internationale gegen den Kapitalismus mit dem der modernen Armeen gegeneinander und verlangt, daß die einzelnen Glieder der Internationale zwar im Endziel und der Art der sozialistischen Bewegung einig, im übrigen aber durchaus selbständig in der Taktik ihres Kampfes sein müßten, die von den örtlichen Verhältnissen bestimmt würde.

Wirtschaftspolitik.

Fleisch im Ueberfluß.

Die Times berichtete am 29. Mai aus Neu-Seeland, daß dort nach Abzug von 3 Millionen Lammfleischkörpern, die für Amerika und 500 000, die für den Kontingent von Europa bestimmt sind, „gegen Ende des Jahres 4—5 Millionen Körper Hammelfleisch zum Verkauf verfügbar sein" werden. Beim Verkauf befürchtet man große Schwierigkeiten, da der Markt stark überfüllt sei.

Wieder ein Zeichen des Irrsinns der kapitalistischen Produktionsweise! Während Millionen darben und fast verhungern, wissen die Kapitalisten „wegen Ueberfüllung des Marktes" nicht wohin mit all den Nahrungsmitteln, deren Produktion und Handel für sie lediglich eine Quelle reichen Gewinns sein soll und deren Preise sie deshalb eifersüchtig hoch halten.

Gewerkschaftliches.

Der Ausstand der Danziger Binnenschiffer.

ist durch gütliche Einigung zwischen den beteiligten Reedereien und den Arbeitnehmern beigelegt worden. Damit ist der von morgen an einsetzende Abtransport der im Freistaat Danzig wohnenden mehrere tausend Personen umfassenden Abstimmungsberechtigten in die west- und ostpreußischen Abstimmungsgebiete gesichert. Der erste Dampfer mit deutschen Abstimmungsberechtigten verläßt morgen früh den Danziger Hafen.

Die Hafenarbeiter in Königsberg sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Aus dem Saalkreis.

Lettin. Arbeiter-Bildungsverein. In einer am 2. Juni stattgefundenen gemeinsamen Mitgliederversammlung hiesiger Arbeitervereine wurde einstimmig beschlossen, sich zusammenzuschließen und einen Arbeiter-Bildungsverein zu gründen. Er besteht aus einer Gesangs-, Fußball-, Turn- und dramatischen Abteilung. Etwaige Zuschriften, Anträge usw. sind an den Hauptvorstand Genossen Rudolf Röhrbein, Lettin, Hallische Straße, zu richten.

Aus der Provinz.

Bergarbeiterstreik in den Mansfelder Kreisen.

Die Bergarbeiter im Mansfelder See- und Gebirgskreis sind heute, Sonnabend vormittag, in den Streik getreten, sie wollen die Arbeit nicht wieder aufnehmen, bis die Ausnahmebestimmung im Reichseinkommensteuergesetz, der 10prozentige Lohnabzug, aufgehoben ist. Die Bergarbeiter im Geiseltal beraten im Augenblick, ob sie in den Streik treten wollen. Das Bezirkssekretariat der USP. in Halle hat sich telegraphisch an die Reichsregierung gewandt und unter Hinweis auf die Bedeutung der Bergarbeiterausstände um Aufhebung des Steuerabzuges ersucht, ebenso haben die Bergarbeiter selbst ein Telegramm an die Regierung gerichtet und diese um sofortige Aufhebung des Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiterklasse aufgefordert.

Artern. Eine Protestversammlung gegen den zehnprozentigen Steuerabzug war vom Gewerkschaftskartell zu vorigem Montag einberufen worden. Die Versammlung war sehr stark besucht. Genosse Grimm referierte über die Steuerpraktiken im „neuen" Deutschland, an der Diskussion beteiligte sich Genosse Albrecht, der alle aufforderte, sich dafür einzusetzen, daß der Steuerabzug wieder beseitigt wird. Folgende Entschließung wurde eingebracht und einstimmig angenommen: Die im Goethehaus zu Artern versammelten Arbeiter und Angestellten sämtlicher Betriebe protestieren aufs schärfste gegen den zehnprozentigen Steuerabzug vom Lohn. Die versammelten Arbeitnehmer erblicken in dem Steuerabzug eine Ausnahmebehandlung gegenüber den besitzenden Klassen. Um eine weitere Verelendung des Proletariats zu verhüten, fordern die Versammelten von der Regierung die sofortige Zurücknahme dieser Maßnahme, widrigenfalls die Arbeiter mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Lohnabzug zu verhindern wissen werden.

Bennungen. Ueber die Lehren der Reichstagswahl sprach in einer öffentlichen Versammlung am Mittwoch Genosse Banse (Sangerhausen). Vor allem sei es notwendig, eine starke Organisation zu schaffen, um den kommenden Kämpfen gewachsen zu sein. Die Gegner rüsten unausgesetzt und benutzen alle Mittel, um die Arbeiterschaft niederzuhalten. Die jetzige Regierung werde sich bald als unmöglich erweisen. Eine deutschnationale Lehrerin behauptete in der Besprechung, daß die Angriffe auf die reaktionären Parteien ungerechtfertigt seien. Gen. Banse gab der im Irrtum befangenen Lehrerin gute Ratschläge, wie sie in Zukunft in Gemeinschaft mit ihren Klassengenossen zur Befreiung des Proletariats beitragen könne. Eine Anzahl Mitglieder wurden für die USP. gewonnen.

Hachpüffel. Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung beschäftigte sich am Donnerstag mit den Aufgaben der USP. nach den Wahlen. Gen. Banse hatte das Referat übernommen; in anschaulicher Weise schilderte er die gegenwärtige, für die Arbeiterschaft so schwere Lage. Die Steuerlasten, die Steigerung der Lebensmittelpreise sowie die Aussperrung der Arbeiterschaft durch künstliches Stillegen der Betriebe wurden vom Redner einer scharfen Kritik unterzogen. Mit einem Appell an die Versammelten, sich der USP. anzuschließen und Leser des Volksblattes zu werden, schloß Gen. Banse seine mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Ausführungen. 20 Mitglieder wurden in die Partei aufgenommen und 13 Volksblattleser gewonnen. — Die Deutsche Volkspartei sucht in unserem Ort auch „Anschluß", sie ist hier ja auch „stark" vertreten; ganze 13 Cremerleute stellten sich am 6. Juni zur Verfügung. Man benutzt aber eine ganz besondere Methode, um Anschluß zu finden. Die Partei der Sinnes und Konsorten wendet sich einfach schriftlich an den Gemeindevorsteher mit dem Ersuchen, in der Gemeindevertretersitzung anzufragen, wer von den Gemeindeverordneten bereit sei, die Leitung einer Versammlung zu übernehmen. Zu „unserem Bedauern" erklärte sich niemand bereit, das „ehrenvolle Amt" zu übernehmen. Wir möchten der Volkspartei empfehlen, sich an ihre Bundesbrüder, die Deutschnationalen, zu wenden; dann wird es uns möglich sein, mit beiden zusammen aufzuräumen.

Wallhausen. Ueber die Zusammenfassung der Betriebsräte sprach Gen. Banse am Donnerstagnachmittag in einer gutbesuchten Porzellanarbeiterversammlung. Ausführlich setzte der Redner den Versammelten die Aufgaben der Gewerkschaften in der Gegenwart auseinander und hob dann hervor, daß die Betriebsräte, wenn sie ihre wirkliche Aufgabe erfüllen sollen, eine einheitliche Organisation haben müssen. Die Gewerkschaften, die heute um die Gunst der Betriebsräte buhlen, treiben ein falsches Spiel; man solle endlich einsehen, daß die Gewerkschaften erst auf eine andere Grundlage gestellt werden müssen, bevor sie an den wichtigen Aufgaben der Betriebsräte teilnehmen können. Pflicht eines jeden Arbeiters sei es, in seiner Organisation dafür zu werben, daß endlich der Gedanke der Industrieverbände verwirklicht wird. In der Besprechung wurden die Ausführungen des Redners unterstützt. Die Leitung wurde aufgefordert, sich sofort mit der Wirtschaftlichen Nätzeorganisation zwecks Anschluß in Verbindung zu setzen.

Tilleda. Vor einer überfüllten Versammlung sprach Gen. Schröder (Sangerhausen) über die Lehren der Reichstagswahlen. In hervorragender Weise verstand es der Redner, den Anwesenden die schwierige Lage der Arbeiterschaft darzustellen. Allgemein wurde der Wunsch laut, bald wieder eine Versammlung, und zwar für die Frauen abzuhalten. Eine Tellersammlung brachte den Betrag von 23.50 Mk. ein.

Petersroda. Als politische Festtage erster Ordnung gestalteten sich die Tage der Fahnenweihe des Ortsvereins der USP. Von nah und fern waren die Genossinnen und Genossen in endlosen Zügen mit Musik voran herbeigeeilt, um das Fest zu verschönen. Seinen Höhepunkt erreichte es am Sonntag, den 27., als der gewaltige Festzug aller Parteiangehörigen Aufstellung genommen hatte. Der Ort Petersroda hat sein Menschengedanken so etwas noch nicht gesehen; mancher Spießer wird sich gefragt haben, welcher Geist hält diese Männer und Frauen zusammen, war es doch ein Festzug ohne Pickelhauben und die üblichen Mordinstrumente, ohne die früher kein Festzug denkbar war. In straffer Disziplin nahm alles den bei der Arbeiterschaft gewohnter ordentlicher Verlauf, ohne Kommandorufe und Anschnauzer. Unter den Gästen bemerkte man den zukünftigen Landrat, jetzigen Kreisdeputierten des Kreises Bitterfeld, Genossen Stemmer. Die Festrede hielt Genosse Herre (Leipzig), der den Petersrodern kein unbekannter ist. Jedes Wort aus seinem Munde war ein Fingerzeig zu dem Weg, der eingeschlagen werden muß, um das politische Endziel der USP. zu erreichen. Nach dem Festakt wurden die übrigen Stunden mit gesellschaftlichen Veranstaltungen verbracht; jeder, der daran teilgenommen hat, wird die Tage in Erinnerung behalten.

Bitterfeld. Zu einer Parteiversammlung hatte die Ortsgruppe der USP. ihre Mitglieder am 30. Juni eingeladen. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Genosse Borrmann einen Brief der Kreisleitung, wonach eine Beitragserhöhung um 100 Prozent eintreten soll. Genosse Oldenburg war der Ansicht, daß eine Erhöhung um 100 Prozent zu hoch sei, Genosse Taube dagegen erklärte, in Anbetracht der Wahlkämpfe, die wir noch in diesem Jahre vor uns haben, sei eine Beitragserhöhung von 80 Pf. auf 1,60 Mk. nicht zu hoch, er empfehle die Annahme des Vorschlages der Kreisleitung. Nach längerer Debatte machte Genosse Mauß den Vorschlag, die Kreisleitung zu beauftragen, in Kürze eine Kreisgeneralversammlung einzuberufen. Der Vorschlag wurde angenommen. Dann gab Genosse Mauß in kurzen Zügen einen Bericht über die Stadtverordneten-Sitzungen, aus dem zu entnehmen war, daß etwas geleistet worden ist und verschiedene Zugeständnisse auch in der Wohnungsfrage erreicht worden sind. Leider ist die Wohnungskalamität in Bitterfeld immer noch ein trauriges Kapitel. Genosse Schulze

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200703-15/fragment/page=0005

weite, daß die Wohnungskommission noch nicht das sei, was sie sein solle, nämlich eine unparteiische Instanz, die keinen Unterschied macht. Auch wurde lebhaft bedauert, daß sich bei der vorletzten Sitzung im Rathaus unsere Genossen gegenseitig mit Aeußerungen bedachten, die das Ansehen unserer Parteiorganisation schädigen konnten. Vom Genossen Winter wurde angeregt, den Stadtverordneten einmal die Obst- und Gemüsepreise ans Herz zu legen, damit sie eine Preisregulierung herbeiführen. Genosse Becker gab bekannt, daß Genosse Sittner, Vorsitzender der SPD. ein Eingesandt an beide Bitterfelder Zeitungen richtete und zur Selbsthilfe gegen die Wucherpreise riet. Dieses Eingesandt hatte den Erfolg, daß alle Obst- und Grünwarenhändler ihre Tagespreise um 25 Prozent herabsetzten. Es entspann sich eine längere Debatte über den Preis von Grüngemüse, Kartoffeln usw; vom Genossen Brauer wurden folgende Entschließung eingebracht, die auch angenommen wurde: „Die am Mittwoch, den 30. Juni, im Bitterfelder Gesellschaftshaus tagende Parteiversammlung der USP. fordert mit aller Entschiedenheit die Verminderung der Obst- und Gemüsepreise. Die Versammlung kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß bei der heutigen Wirtschaftskrise den Obst- und Gemüsewucherern übermäßige Preise zugebilligt werden, noch dazu, wo Obst und Gemüse in unserem Kreis eine reiche Ernte versprechen. Wir werden mit aller Energie dafür eintreten und alles aufbieten, um endlich eine Preissenkung herbeizuführen." Vom Genossen Vormann wurde vorgeschlagen, die Parteiversammlungen öfters stattfinden zu lassen, um die Einigkeit und Geschlossenheit unter den Mitgliedern aufrechtzuerhalten. Die Parteiversammlungen finden am Mittwoch nach dem 5. und Mittwoch nach dem 20. eines jeden Monats statt. Genosse Brauer regte an, daß bei jeder Versammlung mindestens ein Genosse vom Stadtverordnetenkollegium einen Bericht von der letzten Sitzung gibt, damit die Mitglieder in den kommunalen Dingen auf dem Laufenden bleiben. Gegen 10 Uhr machte Genosse Becker der Versammlung die Mitteilung, daß von der Chemischen Fabrik Griesheim, Elektronwerk I, ein Explosionsunglück gemeldet sei; Genosse Becker ersucht die anwesenden Betriebsräte vom genannten Werk, sich sofort zur Unglücksstelle zu begeben. Nach dieser Unterbrechung schlugen einige Genossen vor, eine Preisprüfungskommission wie im vorigen Jahre zu bilden. Genosse Winter, der das zweifelhafte Vergnügen hatte, im vorigen Jahre in der Preisprüfungs-Kommission als Vorsitzender zu wirken, versprach sich nicht viel davon. Solange die Mitglieder nicht mit der nötigen Macht ausgerüstet sind, können sie nur halbe Arbeit leisten. Nachdem Genosse Vogler der Versammlung noch die erfreuliche Mitteilung gemacht hatte, daß bei der Explosion auf Werk I kein Menschenleben zu beklagen, sondern durch Zerbersten einer Retorte nur eine große Anzahl Fensterscheiben zersprungen seien, wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 3. Juli 1920.

Der Rote Schrecken.

Die „Einteilung" der Roten Armee.

Die Hallische Arbeiterschaft bis an die Zähne bewaffnet.

Das sind die Sensationsmeldungen des Kapp-Organs, der Hallescheen Zeitung. Fett, in den größten Lettern verkünden die Rechts-Putschisten täglich, welche schrecklichen Pläne die revolutionären Arbeiter ausbrüten. Die drohende Verminderung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann läßt die Kappisten nicht zur Ruhe kommen und in fetten Druckzeilen werden die Hallischen Spießer, die an und für sich schon nicht aus der Angst herauskommen, andauernd über die greulichen Putschabsichten der USP. „unterrichtet". Um eben die Notwendigkeit unsers herrlichen Heeres zu beweisen, wird immer wieder in den grausigsten Farben das Gespenst des Bolschewismus an die Wand gemalt. Man will neben bei die Letztenleser vorwährend in Unruhe versetzen und die Angst der politisch indifferenten Masse schüren, damit die Rüstung der gegenrevolutionären Organisationen um so sicherer durchgeführt werden kann.

Lochspitzel sind in großer Zahl an der Arbeit, um die Bevölkerung ständig zu verängstigen. So erfuhr kürzlich ein Genosse in einem Gasthaus in Beesenlaublingen von einem rehfeligen Wirt, daß ein „Arbeitersekretär" Eichler aus Halle, der in der Kriegszeit in jener Gegend als Hilfsgendarm tätig war, in Beesenlaublingen und Umgegend die Gutsbesitzer in Angst und Schrecken versetzt habe, indem er das Gerücht verbreitete, die Unabhängigen würden in den nächsten Tagen loschlagen. Fast alle Gutsbesitzer haben auf diese Schreckensnachricht hin der Tapferkeit besten Teil erwählt und haben sich und ihre Familien in Sicherheit gebracht. So werden Schauernachrichten in die Welt gesetzt, die dann die Hallesche Zeitung als Zuhälter dieser Lochspitzel gierig aufgreift und in die Welt setzt. Nun ein Gegenstück! Am Donnerstag, den 1. Juli, fuhr nachmittags ein großer mit zwei Pferden bespannter Wagen in der Reilstraße. Der Bauer erkundigte sich bei Arbeitern nach der Reilkaserne. Als diese ihn fragten, was er dort wolle, erklärte er, er wolle Gewehre für den Schützenverein in R. abholen. Die Arbeiter beobachteten den Wagen, wie er von der Reilkaserne in die Kaserne am Roßplatz geschickt wurde. Da er dort in den Kasernenhof fuhr, konnten sie weiter nichts mehr sehen.

Während die Schützenvereine und Studenten bewaffnet werden, tischt die Lügenkloake in der Leipziger Straße immer wieder das Märchen von den 24 Arbeiterkompagnien auf, obwohl kein wahres Wort daran ist. Der energische Widerstand der gesamten Arbeiterschaft gegen ihre Putschgelüste im März liegt den Kappisten eben heute noch auf den Nerven. Da die Arbeiterschaft teilweise auch nicht davor zurückschreckte, ihre Rechte und Freiheiten selbst mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, so steht natürlich die Organisation einer Roten Armee fest. Die Kappisten nehmen dabei ganz richtig an, daß bei einem erneuten Versuch der Reaktion, mit Waffengewalt die Verhältnisse in Deutschland in ihrem Sinne umzugestalten, die Arbeiterschaft noch viel energischer ihre Rechte und Freiheiten verteidigen wird als im März.

Die Hallesche Zeitung bringt in ihrer letzten Sonntags- und Mittwochnummer gleich ein ganzes Titelblatt über die neuen Pläne zur Aufstellung der Roten Armee. Dem „berühmten" Kurier (Hartung, Weber oder wie er sonst heißen mag) wurde in Halle bei seiner Verhaftung eine Einteilungsliste der „Roten Armee" abgenommen, aus der hervorgehen soll, daß die Rote Armee über 10 870 Maschinengewehre, 290 Flammenwerfer, 700 Minenwerfer verfügt.

Und dies ist nach der Halleschen Zeitung nur ein kleiner Teil des bestehenden Materials. Wenn der Spezialredakeur des Kappistenblattes für die Enthüllungen über die Rote Armee jede Nacht von solchen Ziffern träumt, so wird er bald am Alpdrücken zugrunde gehen.

Das „Beweismaterial" der Halleschen Zeitung ist sicherlich auch so frichhaltig, wie das von ihr angeführte Beispiel vom Sangerhäuser Bankraub, daß sie als krasses Beispiel für die militaristische Macht staatsfeindlicher Elemente" bezeichnet. Gerade dies „krasse Beispiel" zeigt, wo die staatsfeindlichen Elemente sitzen. Zeter Mordio schreien diese Gesinnungsfreunde des Bankräubers Leutnant Schaum über die Vorbereitung des „Radikalismus rötester Färbung" und lauern selbst auf die erste beste Gelegenheit, um einen Kapp-Putsch in neuer Auflage zu inszenieren. Aber sie werden sich ebenso wie im März nur blutige Köpfe holen.

Gegen Wohnungselend, Obst- u. Gemüsewucher.

Wenn jemand vor dem glorreich[illegible] Kriege zu einer Versammlung über Wohnungsfragen, Obst- [illegible] Gemüseversorgung eingeladen hätte, den würde man erstens [illegible]acht und zweitens mit leeren Stühlen allein sitzen gelassen haben, obschon auch damals manch erntes und dringliches Wort zu reden gewesen wäre. Und heute? Massen strömten gestern abend herbei und füllten den großen Festsaal des Volksparkes! Die Raketen wirkten die Worte „Wohnungselend, Obst- und Gemüsewucher". Jucken doch alle Proletarier auf in Wut und Grimm, weil hier eine hochempfindliche Wunde bloßgelegt wird. Wie sehr die einzelnen mit der Wohnungsnot verknüpft sind, wie stark alle am eigenen Leibe dieses Elend empfinden, das zeigte drastischer als alles der Versammlungsverlauf. Voll gefüllt mit Anklagen und Vorwürfen, überschäumend von Groll und Drohen war ein beträchtlicher Teil der Versammlung nur gekommen, um den Aerger und dem Drucke der Verhältnisse Ausdruck zu geben. Nichts wollten sie als schonungslose Verurteilung und Brandmarkung des Elends und seiner Urheber, und weiterhin entschiedene rücksichtslose Kampferklärung gegen die unerhörten Zustände.

Somit hatte es Stadtv. Genosse Bock nicht leicht, diese nur zum entschiedenen Protest gekommenen Zuhörer festzuhalten und mitzunehmen zu einer tiefgründigen weitausholenden Betrachtung der Wohnungsfrage und des Notproblems. Es war bedauerlich, daß diese Versammlung nicht anders propagiert worden war. Die Ausführungen des Genossen Bock über den Satz, daß die Lösung der Wohnungsfrage zu allen Zeiten allgemein den betreffenden Wirtschaftsreformen entsprochen habe, waren für weniger aufgeregte Ohren bestimmt. In großen Zügen zeichnete der Redner den Wechsel des Wohnungsproblems von der kommunistischen Gemeinschaft an den Wohnungen in älterer Zeit bis zum modernen Bodenspekulantentum von heute. An mannigfachen Beispielen und mit erschreckend deutlichen Zahlen schilderte er die Folgen des zweifachen Wucherns an einzelnen, an der Familie, am Staate. Dagegen seien alle Heilbestrebungen lächerliche Pfuscharbeit. **Man greife nicht durch, weder in der Zwangsenteignung, noch in der Zwangseinquartierung. 6000—7000 Personen in Halle sind als Wohnungssucher vorgemerkt, 1500 sind wohnungslos.** Nichts kann durchgreifende Besserung schaffen, als eine intensive Bautätigkeit, aber dafür ist das Kapital nicht zu haben. Der Bodenwucher, die Preistreiberei in allen Materialien machen das Baugeschäft nicht rentabel genug, trotzdem die Preise um mindestens das Zwölffache gestiegen sind. Dagegen sind die Arbeiterlöhne relativ gefallen. Betrugen sie früher die Hälfte der Unkosten, so machen sie heute nur noch ein Drittel aus. Das Tollste aber ist die jüngst bekannt gewordene Tatsache, **daß die Kapitalisten die Ziegeleien auf Abbruch verkaufen und glänzende Geschäfte machen bei dieser Ruinierung der Bauindustrie. Da kann nur Planwirtschaft, Gemeinwirtschaft, Sozialisierung Abhilfe schaffen. Der Sieg des Sozialismus ist sogleich der Anfang vom Ende der Wohnungsnot.**

In der Diskussion brach sich eine starke Erbitterung gegen die Hausbesitzer durch. **Ganz besonders aber wurde gegen das völlige Versagen des Wohnungsamtes Stellung genommen.** Skandalöse Fälle wurden ans Tageslicht gefördert. **Nicht nur, daß das Wohnungsamt seinen Zweck absolut nicht erfüllt, auch seine einzelnen Kräfte lassen es an zahllosen Entgleisungen gegenüber den hilfesuchenden Mietern nicht fehlen. Eine Vertreterin des Wohnungsamtes, die dasselbe in Schutz nehmen wollte, wurde mit so überreichem Material zugedeckt, daß sie die Antwort schuldig bleiben mußte.**

In einem glänzenden Schlußwort packte Gen. Bock die Zuhörer da, wo sie der Schuh drückte. Eindringlich bewies er, daß die endgültige Lösung dieser Frage, die nur eine soziale Teilfrage ist, eine Machtfrage bedeutet. **Nur die Macht kann dem Proletariat die Rettung bringen.** Reicher Beifall dankte dem Redner.

Sodann sprach Gen. Bowitzky über Obst- und Gemüsewucher. Naummangel verbietet ein Eingehen auf die vorzüglichen Ausführungen. Eindringlich warnte der Redner vor Lebensmittelkrawallen und Hungerrevolten, **die immer das Gegenteil des Gewollten bewirkten und nur willkommenen Anlaß für Rüstungen der Reaktionäre abgeben.**

Eine Parallelversammlung mit gleicher Tagesordnung fand im Letzten Dreier, Merseburger Straße, statt. — Unangenehm bemerkt wurde, daß in der Volkspark-Versammlung zunächst jegliche Leitung fehlte. Scheinbar hatten die verschiedenen Einberufer sich darauf verlassen, daß „der andere" das schon machen würde. Der Mißton, der dadurch in die Versammlung gebracht wurde, hätte vermieden werden müssen. In der Volkspark-Versammlung, wie in der im Letzten Dreier wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 2. Juli im Volkspark und Letzten Dreier in Halle (Saale) einberufene öffentliche Versammlung, die besucht ist von etwa 1500 Bauarbeitern und sonstigen Einwohnern, hat Stellung genommen zu den gegenwärtig herrschenden Zuständen auf dem Bau- und Wohnungsmarkt.

Sie bedauert, daß die Regierungen und Parlamente des Reiches und der Länder sowie die Vertretungen der Gemeinden bis jetzt nicht genügend getan haben, um die ständig wachsende Wohnungsnot und das immer größer werdende Wohnungselend wirksam zu bekämpfen. Die Versammlung macht auf die schweren, gesundheitlichen, sittlichen und sonstigen Gefahren aufmerksam, die daraus für unser Volk entstehen.

Infolge des Mangels an Mitteln und an Baustoffen sowie infolge der Verteuerung des Bauens durch den Wucher mit Baustoffen und durch die hohen Gewinne des privaten Unternehmertums muß der Wohnungsbau immer mehr eingeschränkt werden. Daraus entsteht die Gefahr, daß die jetzt schon große Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter aller Art weiter vergrößert und daß die Allgemeinheit aufs schwerste geschädigt wird.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß einerseits hunderttausende Deutscher in mangelhaften Wohnungen hausen müssen oder überhaupt keine Wohnung finden, während andererseits Massen von Bauarbeitern arbeitslos sind und die staatliche Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen müssen.

Die Versammlung verlangt von den Regierungen des Reiches und der Länder sowie von den Vertretungen der Gemeinden, daß sie sofort Mittel und Wege suchen, um diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen.

Eine durchgreifende Besserung läßt die Versammlung nur für möglich, wenn die heutige kapitalistische Schieber- und Wucherwirtschaft abgelöst wird durch eine sozialistische Gemeinwirtschaft. Von diesen Gesichtspunkten aus fordert die Versammlung:

1. Rücksichtslose Erfassung des verfügbaren Wohnraumes unter Mitwirkung der Wohnungslosen Mieter.
2. Einstellung einer weiteren Milliarde Mark in den neuen Etat des Reiches zur Gewährung weiterer Baukostenzuschüsse und zur schleunigen Förderung des Kleinwohnungsbaues.
3. Steigerung der Baustofferzeugung durch ausreichende Belieferung der Baustoffbetriebe mit Kohlen.
4. Schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers. Verbot des Abbruchs von Baustoffbetrieben. Ausbau des Beschlagnahmerechts an Baustoffen aller Art.
5. Sozialisierung der gesamten Bauindustrie, einschließlich der Baustofferzeugung.
6. Beseitigung des privatkapitalistischen Wohnungswuchers durch Ueberführung des Besitzrechtes der Wohnhäuser in Gemeindeeigentum; ausreichende Wohnungen sind von den Gemeinden herzustellen.
7. Ueberführung des Besitzrechtes am Boden in gesellschaftliches Eigentum. Belastung des Bodens mit der Grundpflicht intensivsten Anbaues zur Hebung unserer Lebensmittelerzeugung.

Indem die Versammlung diese Forderungen erhebt, macht sie die Regierungen und Parlamente des Reiches und der Länder sowie die Vertretungen der Gemeinden verantwortlich für alle Folgen, die aus der Nichterfüllung dieser Forderungen entstehen werden.

Das Pfund Kirschen eine Mark.

Selbsthilfe des kaufenden Publikums.

Heute morgen gegen 8 Uhr umringten die Käufer in größeren Scharen die Obstverkaufsstände auf dem Markte und zwangen die Händler, die zu 2 Mk. ausgebotenen Kirschen um eine Mark zu verkaufen. Die Bewegung griff rasch um sich und im Nu wurde auch in den Läden nur noch eine Mark für ein Pfund Kirschen bezahlt, auch wenn die Verkäufer noch so sehr schimpften. Zu größeren Ausschreitungen ist es dabei nicht gekommen. Nur auf dem Markte mußten einige Händlerinnen ihre Halsstarrigkeit damit büßen, daß ihnen einige Körbe Kirschen ausgeschüttet und zertreten wurden. Schon gegen 10 Uhr waren die Kirschen fast überall ausverkauft. In einzelnen Geschäften in der Ulrichstraße stellten sich noch Frauen angestellt, um sich endlich „billige" Kirschen zu holen. Ei, wie da die Frauen schimpften auf die unverschämten Oedster und Bauern. Manch bedrücktes Herz machte sich Luft und man konnte allgemein feststellen, daß das kaufende Publikum mit der Verbilligung der Kirschen sehr einverstanden war.

Preiswt trat auch hier wie in anderen Städten in Erscheinung, daß unsaubere Elemente, Lochspitzel und sonstiges Gesindel, die erregte Stimmung der Käufer dazu benutzten, um sie zu Tätlichkeiten aufzureizen. Wiederholt konnte man hören, daß sich solche Burschen an Gruppen von debattierenden Arbeitern heranmachten und diese aufforderten, die Fensterscheiben einzuschlagen. Besonders auffällig ist, daß diese Elemente meist gut gekleidet sind und von einem Obststand zum andern liefen. Im Interesse der Arbeiterbewegung ist es angebracht, solche Provokateure festzuhalten und sie dem ersten besten Polizisten zuzuführen. Daneben verbreiten besonders die Dämchen der besseren Gesellschaft, die ihren Klatsch auf den Marktplatz verlegt haben, die greulichsten Gerüchte. So sollen die Arbeiter aus Leuna im Anzuge auf Halle sein, um heute nachmittag zu plündern. Heute werde noch Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk stillgelegt. Der Generalstreik stehe vor der Tür. So sucht man die erregte Stimmung auf einen Siedepunkt zu treiben und die Massen zu Tätlichkeiten hinzureißen.

Wenn auch aufs entschiedenste die Herabsetzung der Obst- und Gemüsepreise gefordert werden muß, so wird sich die Arbeiterschaft jedoch hüten, sich als Werkzeuge dieser Provokateure benützen zu lassen. Es darf den Rechtsputschisten kein Vorwand gegeben werden, einen neuen Feldzug gegen die Arbeiterschaft einzuleiten.

Arbeiter, Parteigenossen, laßt euch deshalb nicht provozieren!

Die Volksstimme von Kapitalisten ausgehalten.

Im Dezember 1919 wurde im Volksblatt ein Bericht über eine im Volkspark stattgefundene Versammlung veröffentlicht, in der es hieß, Genosse Hildebrandt hätte in der Versammlung erklärt, es sei kein Wunder, daß die Volksstimme gegen den Generalstreik in Bitterfeld geschrieben habe, sie müsse so schreiben, da sie von Kapitalisten ausgehalten würde. Durch diese Aeußerung fühlte sich der damals verantwortliche politische Redakteur der Volksstimme, Seydewitz, veranlaßt, in einem Gegenartikel unseren Genossen Hildebrandt einen ganz gemeinen Lügner und Verleumder zu nennen. Wegen dieser Beleidigung verklagte Genosse Hildebrandt Seydewitz, worauf letzterer Widerklage wegen Beleidigung erhob.

In der Verhandlung, die am Freitagvormittag vor dem hiesigen Schöffengericht stattfand, führte nun Genosse Hildebrandt den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung, daß die Volksstimme von Kapitalisten ausgehalten würde, in glänzender Weise durch. Es wurde festgestellt, daß Werke in Zscherben für ihre Arbeiter bei der Volksstimme abonniert hatten, und die Zeitungen dann kostenlos an die Arbeiter verteilten, und zwar kamen für Zscherben 118 Exemplare in Betracht. Die Zeugin, Frau Dietz, welche bei der Volksstimme als Austrägerin beschäftigt war, bekundete, daß sie insgesamt 180 Exemplare täglich ausgetragen habe, von denen 118 kostenlos verteilt und nur 12 bezahlt worden wären. Diese Ziffernangabe stimmte genau mit der unseres Genossen Hildebrandt überein. — Der weiter vernommene Zeuge, Metallarbeiter Engehardt, bei dem Genosse Hildebrandt die Volksstimme liegen sah, und auf dessen Vorwürfe hin erst die ganze Sache ans Tageslicht kam, sagte aus, daß er die Volksstimme ungefähr dreiviertel bis ein Jahr bis zum Januar 1920 kostenlos erhalten habe, obwohl er sie nicht bestellt habe. Auf seine Fragen bei den anderen Kollegen hätte er festgestellt, daß auch die Arbeiter in Nietleben wie auch in Delau die Volksstimme kostenlos erhielten. — Der frühere Geschäftsführer der Volksstimme, Kochanskh, mußte zugeben, daß nach Erscheinen des Artikels über den Generalstreik in Bitterfeld die Bestellungen der Werke auf die Volksstimme eingegangen seinen. Sendewitz meinte mit einer kaum glaublichen Naivität, infolge der Bestellungen der Zeitungen durch die Werke sei die politische Stellungnahme der Volksstimme nicht beeinflußt worden. Schlagfertig erwiderte ihm Genosse Hildebrandt, das wäre nie behauptet worden, denn für ihn sei die Stellungnahme der Volksstimme schon seit ihrer Gründung klar gewesen. Eine Zeitung, die während des Kampfes Arbeiter angreift, vertritt nicht die Interessen der Arbeiterschaft. Als Genosse Hildebrandt seine Verwunderung darüber aussprach, daß gerade in der Maiseffektnummer, die doch eine Kampfnummer des Proletariats gegen die besitzenden Klassen sein solle, unmäßig große Inserate von den Unternehmern aufgegeben worden wären, die sonst in Arbeiterzeitungen nicht inserieren, erklärte der Verteidiger Seydewitz', Rechtsanwalt Dr. Aronsohn, dies sei nichts Besonderes, da die Volksstimme auch von Bürgerlichen gelesen würde und es die Aufgabe der Mehrheitssozialisten sein müsse, um Stimmen aus bürgerlichen Kreisen zu werben.

Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis für erbracht und verurteilte Seydewitz wegen schwerer öffentlicher Beleidigung zu 125 Mark Geldstrafe, während seine Gegenklage abgewiesen wurde.

Stadtverordneten-Fraktion.

USP.
Montag 3 Uhr: Stadthaus.

* **Achtung, Landarbeiter!** Heute, Sonnabend, den 3. Juli, abends 8 Uhr, findet im Gasthof zum goldenen Löwen in Reideburg ein Theaterabend statt. Der Arbeiter-Bildungsausschuß, Halle, läßt das soziale Drama Golgatha zur Aufführung bringen. Um vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ersucht Die Verbandsleitung.

* **Metallarbeiter.** Wegen der Verhandlung über den Streik der Kollegen der Firma Lindner vor dem Schlichtungsausschuß am heutigen Tage, kommt die Streitsache Metallgießereien und strittige Tarifpunkte erst am nächsten Dienstag zur Beratung. Die Ortsverwaltung.

* **An die Arbeiter-Stenographen!** Der Verband der österreichischen Arbeiter-Stenographenvereinen, System Gabelsberger, bittet uns um Abdruck folgender Aufforderung: „. . . Behufs Fühlungnahme mit allen Arbeiter-Stenographenvereinen werden derartige Vereine, ohne Unterschied des Systems, aufgefordert, ihre Adresse dem Verbande der Arbeiter-Stenographen System Gabelsberger Wien 5, Schönbrunner Straße Nr. 85, bekanntzugeben."

* **Berufsvorbereitung erwerbslofer Frauen und Mädchen zu Hausangestellten.** In einem Rundschreiben an die einzelnen Landesregierungen weist der Reichsarbeitsminister darauf hin, daß die Anlernung weiblicher Erwerbslofer für hauswirtschaftliche Arbeit noch dringend nötig sei. Die Kosten zu dieser Berufsvorbereitung sollen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bestritten werden. — Gegen die Ausbildung für den Haushalt ist nichts einzuwenden, wenn aber der Herr Reichsarbeitsminister meint, daß er durch seine Verordnung den „Herrschaften" wieder mehr Aschenbrödel zuführen kann, so dürfte er sich täuschen, da der Rückgang des „Dienstbotenmarktes" in erster Linie auf das Erwachen des Klassenbewußtseins der jungen Mädchen zurückzuführen ist.

* **Friede zwischen Aerzten und Ortskrankenkassen.** Wie die öffentliche Anzeige der Allgemeinen Ortskrankenkasse in der heutigen Nummer erkennen läßt, werden die Kassenmitglieder wieder in der früheren Weise ärztlich versorgt.

* **Rückkehr von Kindern aus der Schweiz.** Am 6. Juli, voraussichtlich nachmittags 4 Uhr, treffen die am 7. Mai nach der Schweiz abgefahrenen Kinder hier wieder ein.

* **Polizeistunde.** Auf Grund des § 8 der Verordnung vom 11. Dezember 1916 betreffs die Ersparung von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln hat der Herr Regierungspräsident die Schlußstunde für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie für öffentliche Vergnügungsstätten aller Art auf 11½ Uhr abends festgesetzt. Das gleiche gilt von Vereins- und Versammlungsräumen, in denen Speisen und Getränke verabfolgt werden.

* **Für Markensammler.** Ein freihändiger Verkauf von Postwertzeichen der früheren deutschen Postanstalten in China und in der Türkei (französische Währung) findet vom 20. Juli an beim Briefpostamt in Berlin C 2 statt. Die Bezugsbedingungen mit Los- und Preisverzeichnis können bei jeder Postanstalt eingesehen, außerdem von der postalischen Wertverwaltungsstelle für Sammlermarken in Berlin W 66 gebührenfrei bezogen werden.

* **Frühkartoffeln beschlagnahmt.** Es ist vielfach die Meinung verbreitet, daß gemäß Bekanntmachung des Magistrats vom 28. Juni 1920 der Verkehr mit Frühkartoffeln freigegeben sei. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß diese veröffentlichte Bekannt-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200703-15/fragment/page=0006

machung nur den Verkehr zwischen den Erzeugern, Großhändlern und den abnehmenden Kommunalverbänden sowie der Provinziallartelle-stelle regelt. Für den örtlichen Verkehr, d. h. den zwischen Kleinhändlern und Verbrauchern wird auf die Bekanntmachung vom 3. Juli 1920 besonders hingewiesen, im übrigen bleibt es bei den bisher geltenden Bestimmungen. Der Kleinhandelspreis ist zunächst auf 50 Pf. für das Pfund festgesetzt worden, jedoch besteht die begründete Aussicht, daß der Preis in absehbarer Zeit ermäßigt wird.

* **Aufbringung des einmaligen Fernsprechbeitrags.** Es sind Klagen darüber laut geworden, daß zahlreiche Fernsprechteilnehmer Schwierigkeiten haben, den einmaligen Beitrag zum Ausbau des Fernsprechnetzes (1000 Mk. für einen Hauptanschluß und 200 Mk. für jeden Nebenanschluß) aufzubringen. Die Schwierigkeiten lassen sich beheben. Dem Vernehmen nach schweben bereits beim Reichspostministerium Verhandlungen mit gemeinnützigen Unternehmungen, die bereit sind, das Geld auf Antrag zu einem mäßigen Ueberzins von etwa 3 v. H. der Telegraphenverwaltung für die Teilnehmer zur Verfügung zu stellen. Sobald die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wird weiteres sogleich bekanntgegeben werden.

* **Provinzialmuseum.** Sonntag, den 4. Juli, und Mittwoch, den 7. Juli, vormittags 11 Uhr: Oeffentlicher unentgeltlicher Vortrag und Führung über Vorgeschichtliches im Volksbrauch. Mittwoch, den 7. Juli, 5 Uhr nachmittags (statt Museumsabend): Oeffentlicher unentgeltlicher Vortrag im Hörsaal über Vorgeschichtliches in Sage und Märchen; zugleich als Einführung der am Abend stattfindenden Haas-Berkowspiele: Wieland der Schmied.

* **Stadttheater.** Heute, Sonnabend, abend 7½ Uhr, geht das fröhliche Spiel Als ich noch im Flügelkleide von Kehm und Freihiel im Freitag-Abonnement in Szene. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Volksvorstellung bei kleinen Preisen, Tartüff. Sonntag, abends 6 Uhr, Die Meistersinger von Nürnberg. Montag, abends 7½ Uhr, wird Der Bettelstudent gegeben. Dienstag, abends 6 Uhr, Die Meistersinger von Nürnberg. Mittwoch: Als ich noch im Flügelkleide. Donnerstag: Emilia Galotti. Freitag: Die Afrikanerin. Sonnabend: Hoheit tanzt Walzer.

* **Thalia-Theater.** Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 4. Juli, abends 7½ Uhr, der Schwank Der Raub der Sabinerinnen durch das Personal des Stadttheaters zur Aufführung.

* **Eröffnung der städtischen Kammerspiele in Bad Wittekind.** Am Freitag, den 9. Juli, findet zur Eröffnung der städtischen Kammerspiele eine Aufführung von Goethes Stella statt. Die Vorstellung wird eingeleitet durch den Goetheschen Prolog zur Eröffnung des Hallischen Theaters am 6. August 1811. Karten zum Preise von 10 Mk für diese Vorstellung sind ab Montag an der Stadttheaterkasse zu haben.

* **Volkspark.** Heute, Sonnabend nachmittag, findet im Garten und großen Saal das Johannisfest der Buchdrucker statt. Im kleinen Saal ist Ball des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Freiheit. Im großen Restaurationssaal findet von 6 Uhr an ein Kommers des Arbeitersängerbundes, Bezirk Halle, statt. Morgen, Sonntag, findet in sämtlichen Räumen das Bezirkssängerfest statt, bestehend aus Gesangsvorträgen im Garten und Ball in beiden Sälen. Die den Kommers besuchenden Gäste werden gebeten, den Eingang von der Gosenstraße zu benutzen.

* **Billiger Sonntag im Zoologischen Garten!** Bei den meisten Vögeln ist es auffallend, daß die Männchen sich durch ein mehr oder weniger farbenprächtiges Gefieder von den Weibchen unterscheiden. Daß dieses Merkmal im engen Zusammenhang mit dem Geschlechtsleben steht, darauf deutet die Erscheinung hin, daß nach Beendigung der Brutzeit eine Mauser eintritt, die den Männchen z. T. ihren Schmuck nimmt, wie man dies z. Zt. bei unseren Enten beobachten kann. Sie haben jetzt auch im Garten begonnen, ihr bunschillerndes Hochzeitskleid abzulegen, und während des Sommers tragen sie dann ein unscheinbares Gefieder, so daß es vielfach schwer fällt, die Geschlechter und sogar die Arten voneinander zu unterscheiden. Erst im Winter, vor Beginn der Paarungszeit, wird wieder das bunte Gefieder erneuert. Auch die Pfauen zeigen schon ein stark gelichtetes Gefieder, die lange Schwanzschleppe hat ihre Schönheit eingebüßt. Ferner stehen auch schon einige Fasanen, so der Goldfasan, in der Mauser. Gerade bei diesen Vögeln kann man die Neubildung des Gefiebers sehr schön beobachten. Im Anschluß hieran wird sich die Führung auf die Vögel beschränken. Treffpunkt 10½ Uhr am Raubtierhause. Nachmittags 3½ und abends 7½ Uhr Konzert vom Seifer-Orchester auf dem Konzertplatz. (Näheres siehe Anzeige.)

Sport und Körperpflege.

Bezirks-Sportfest im Arbeiter-Sportbund.

Der Athletik-Ausschuß vom Arbeiter-Sportbund hat in seiner letzten Sitzung beschlossen am 15. August 1920 ein Bezirks-Sportfest auf den Brandbergen (Dölauer Heide) zu veranstalten, wobei folgende Konkurrenzen abgehalten werden: 1. 100-Meter-Lauf (Meisterschaft), 2. 1500-Meter-Lauf (Meisterschaft), 3. Hochsprung (Meisterschaft), 4. Weitsprung (Meisterschaft), 5. 4×100-Meter-Staffette, 6. 3×1000-Meter-Staffette, 7. Diskuswerfen, 8. Kugelstoßen, 9. Dreikampf: a) 50-Meter-Lauf, b) Dreisprung, c) Speerwerfen.

Für die Jugend: 1. 100-Meter-Lauf, 2. 800-Meter-Lauf, 3. Weitsprung, 4. Hochsprung, 5. 4×100-Meter-Staffette.

Für Schüler: 1. 100-Meter-Lauf, 2. Weitsprung, 3. Hochsprung, 4. 4×100-Meter-Staffette.

Turnverein Fichte. Sonntag, den 4. Juli: Ausflug nach Wörmlitz zum 30jähr. Stiftungsfest des dort bestehenden Vereins. Abmarsch 1½ Uhr: Rannischer Platz. Turnsachen sind mitzubringen.

Sonntag, den 4. Juli, spielt die I. und II. Mannschaft der Fußballabteilung des Turnvereins Böllberg-Wörmlitz anläßlich ihres 30jähr. Stiftungsfestes auf dem Festplatz in Wörmlitz gegen I. und II. Mannschaft des Sportvereins Kröllwitz. Anfang 5½ und 7 Uhr.

B. f. B.-Trotha II und III gegen B. f. B.-Lettin II und III 2 Uhr. B. f. B. Schüler I und II gegen B. f. B.-Lettin Schüler I und II 10 Uhr. Sämtliche Spiele auf den Brandbergen.

Mit „Frei Heil", B. f. B.-Trotha.

Fußball: Sandanger: 2 Uhr, Fichte Jugend I — Schkeuditz Jugend I.

Turner: Sonntag Ausflug zum Stiftungsfest des A.-T.-V. Wörmlitz. Abmarsch 1½ Uhr vom Rannischen Platz. Turnsachen sind mitzubringen. Anläßlich des Gruppenturn- und Sportfest in Dieskau am 1. August findet die volkstümliche Turnstunde auf dem Sandanger Donnerstags von 6—8 statt und ist Dienstags im Norden und Montags im Süden wieder Hallen-Turnen. Pflicht eines jeden ist es sich daran zu beteiligen. Der Techn. Ausschuß.

B. f. B.-Lettin hält am Sonnabend, den 3. Juli, 8 Uhr abends seine fällige Monatsversammlung ab. — Spiele für Sonntag, den 4. Juli: 10 Uhr: Lettin II Schüler — Trotha II Schüler, 11 Uhr: Lettin I Schüler — Trotha I Schüler, ½1 Uhr: Lettin IV — Dölau IV, 2 Uhr: Lettin III — Trotha III, ¾4 Uhr: Lettin II — Trotha II. Sämtliche Spiele finden auf den Brandbergen statt.

Literatur.

Kürschners Bücherschatz. Zwölftausend Mark hat der Hermann Hillger Verlag in Berlin W 9 den Lesern von Kürschners Bücherschatz mit einem anregenden Preisausschreiben zur Verfügung gestellt. Wöchentlich erscheint ein in jeder Buchhandlung erhältlicher Band zum Preise von 85 Pf., dem die Bedingungen zur Beteiligung an diesem Preisausschreiben beigefügt sind. In Kürschners Bücherschatz erschienen auch gute Erzählungen bekannter und hervorragender Schriftsteller. Das Verzeichnis weist Werke auf von Dreyer, Hauschner, Jacques, Hirschfeld, Kretzer, Salus, Stehr, Wolzogen, Trentini, Zahn usw.

Die Tragödie von Thal. In den nächsten Tagen erscheint im Hessischen Verlag Karl Eufer G. m. b. H., Marburg (Lahn), eine Schrift: Der Schrei nach dem Recht, in der die Tragödie von Thal, Mechterstädt und der Prozeß gegen die Marburger Zeitfreiwilligen, der mit dem empörenden Freispruch endete, behandelt werden. Verfasser ist Leutnant a. D. Dudersstadt, der als Angehöriger der bekannten Volkskompagnie selber in Thüringen war. Verlag: Hessischer Verlag Karl Eufer, G. m. b. H., Marburg (Lahn).

Reclam-Bändchen. Die bekannte Universal-Bibliothek von Philipp Reclam (Leipzig) gibt bekannt, daß ihre Bändchen, die vor dem Kriege für 20 Pf. zu haben waren, jetzt 1,45 Mk. kosten. Die Sortimente erheben noch einen Prozentigen Zuschlag, so daß man also 1,75 Mk. opfern muß. Diese Verteuerung wird viel Bildungshungrige zur wesentlichen Einschränkung ihres Lesebedürfnisses zwingen. Die Folge wird sein ein immer tieferes Sinken der allgemeinen Bildungsstufe des Volkes und ein geistiges Verarmen.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Besonders preiswertes Angebot!

Günstigste Kaufgelegenheit.

Hemdentuch 82 cm, starkfädig	11.50	**Roh-Nessel** 90 cm, schwere Qualität	12.75
Bettzeug geblümt	23.75	**Damast** 140 cm, für Tisch- und Bettwäsche	37.00
Köper-Inlett Kissenbreite, echt rot, gar. federdicht	38.50	**Köper-Inlett** Bettbreite, echt rot, gar. federdicht	62.50
Hemdenbarchent gestr., beste Qualität	16.50	**Köper-Barchent** weiss, gutes Elsässer Fabrikat	23.50
Handtuchstoff weiss, Drell und Gerstenkorn	12.50	**Barchent-Bettuch** schwer und wollig	39.75
Bettzeug kariert, Kissenbreite	23.50	**Bettzeug** kariert, Bettbreite	38.00

Badewäsche jeder Art in grösster Auswahl.

Brummer & Benjamin,

Große Ulrichstraße 22|23. 2086 Beachten Sie unsere Schaufenster.

Neueröffnet!

Umpreß-Anstalt für **Damen- u. Herrenhüte.**

Schnellste Lieferung! Beste Ausführung! Mäßige Preise!

Stroh- und Filzhut-Fabrik B. Brustawitzki, Halle (Saale), Magdeburger Str. 27.

Dölau. Empfehle frisch eingetroffene:

Schotten-Vollheringe	6 Stck.	1,30 Mk.
Marinierte „	„	1,50 „
Rollmöpse	„	1,00 „
ff. Rübenmus	Pfd.	3,00 „
Holländer saure Gurken	Stck.	2,70—3,00 „
Ia Streichkäse	¼ Pfd.	3,00 „
Prima Tafelsenf „Lebenswürze"	¼ Pfund	50 Pf.

*941 **Otto Bass.**

Wie immer kaufen Sie Bettzeug, Hemdentuche, Barchente, Inlette, Druck- und Kleiderstoffe am billigsten (für Hausierer Extra-Rabatt) bei 2062 **S. Biletzky,** Halle, Leipziger Str. 103, I.

Moderne Eheleute verlangt gratis verrat. Prospekt. Sie finden, was Sie suchen. K.-A.-Geschwind, Chem. Fabrik. Werdau i. S.

Neuer blauer Anzug, schl. Fig., Gr. 1/98, zu verk. Näh. Gr. Ulrichstr. 27, Lad.

Guterhalt. Jünglings-Anzug für 15—17jährig., zu verkaufen. 2044 Advokatenweg 23 I l.

Anzugstoff, braun, Ia Qualität zu verkaufen. 2067 Friedrichstr. 21. III l.

Wagenfette, Huf- u. Lederfette — in besten Qualitäten. — 2083 Maaß & Co., Verkaufsstelle für techn. Oele, Fette u. verw. Produkte Halle a. d. S., Herrenstr. 25.

100 Mk. Belohnung, wer mir meinen vor 2 Tagen entlaufenen braunen, stichelhaarigen **Jagdhund** 2071 wiederbringt, oder genaue Angaben über den Verbleib machen kann. Auf dem Halsband ist der Name Krause, Dresden, Wiener Str., angegeben. **Krause, Landsberger Str. 3.**

Ein billiges Korsett *929 nach Maß fertigen wir aus jed. zugegebenen Stoff oder Wäschestück. — Garantiert bester Sitz. — **Fertige Korsetts** besonders billig. Werkstätten mod. Masskorsetts **Toska Gunkel,** nur 16 Markt 16, neben der Hirsch-Apotheke. — Filialen in vielen Großstädten. —

Für Wiederverkäufer größte Auswahl am Platze! 1948 Deutsche, Englische, Amerikanische **Zigaretten** Chesterfield, Nebo, Lord Nelson, T. u. B., Brooklynbridge, gr. u. kl. Cariars, Golflake u. a. Abgabe in kleinen u. grossen Posten. Postfr. 6. Karl Gimpel, Großhandlung.

Schuttabladen frei am Reideburger Weg, neuer Lagerplatz von Carl Lingesleben. *936

Paul Polko, Bitterfeld, Lindenstr. 21. Spezialgeschäft für Kaffee, Wein, Zigarren. Nur erstklassige Waren bei mäßigen Preisen.

Bohnenkaffee, das Viertelpfund zu Mk. 7, 8, 9 und 10. Der unter der Schutzmarke „Lindenkaffee" bekannte Kaffee ist in allen Preislagen rein und wohlschmeckend, kräftig und aromatisch, „von wenigen in Güte erreicht, von keinem übertroffen".

Portekaffee, reiner, gemahlener Gerstenkaffee, mild und sehr begehrt. Eingetragene Schutzmarke „Porkei".

Wein, reiner, reifer und wohlschmeckender Moselwein, Rotwein, saftiger, edler und süffiger Weißwein. Flasche Mk. 20 einschließlich Steuer.

Zigarren aus nur rein überseeischem Tabak, im Preise von Mk. 1 aufwärts.

Die Kaffees werden in meiner eigenen Rösterei von mir persönlich geröstet.

Der Wein ist von den Weingutsbesitzern von mir am Rhein direkt gekauft und bei mir auf die Flasche gebracht worden.

17jährige persönliche Erfahrungen auf den Kaffee- und Tabakplantagen Südamerikas ermöglichen mir, nur erstklassige Produkte zu erwerben. *944

Verkauf nur direkt an Konsumenten. Versand ausgeschlossen.

Hygienische Frauenartikel, Gummiwaren, Spülapparate, Frauentropfen usw. Preisliste diskret gegen Rückporto durch 2048 Versandh. Germania, Halle (S.), Landsbergerstr. 5, 1

Garantiert echten **Nordhäuser Kautabak** liefert als Vertreter zu Orig.-Fabrikpreisen in verschied. Stärken ab Fabrik Nordhausen, **Beier & Co.,** Eisleben, Halleschestr. 2. Abgabe nicht unt. 50 Rollen.

Ratgeber für Kriegshinterbliebene Von Regierungsrat Erich Rossmann. Preis 1,50 M., Porto 10 J. Zu beziehen durch alle Volksblattausträger und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Wir geben Darlehen. Meldungen an unseren Vertreter Herrn J. Beyer, Halle (S.), Postfach 258. P. H. Lamm & Co., Hamburg.

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung** Harz 42-44.

Sitz- u. Fuß-Badewannen empfiehlt *959 **G. Brose,** Gr. Sandberg 8.

Tüchtige Dachdecker stellt sofort ein **L. Bornschein,** Große Märkerstraße 9.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200703-15/fragment/page=0007

Rennen *937

in

Halle (Saale)

am Rettstedter Bahnhof

Sonntag, den 11. Juli, nachm. 2½ Uhr:

3 Herren- u. 4 Jockei-Reiten.

77 000 Mk. Geldpreise u. 3 Ehrenpreise.

Alles Nähere siehe Plakate.

Fahnhkreme,

½-Pfund-Dose 3,50 Mk.,

zum Wiederverkauf, erhalten Sie nur direkt, ohne Zwischenhandel, bei

Wüstemann, Halle (Saale),

Fischerplan 1 b. 2065

Für 15,— Mk.

bekommt jeder Herr einen neuen Herrenhut 2032

innerhalb 2 Tagen, wenn er seinen alten Hut in der

1. Wiener Herrenhut-Presserei, Leipziger Str. 87, II

reinigen und fassonieren läßt.

Evtl. Lieferzeit 24 Stunden. Für eleganteres Aussehen wird garantiert.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Nährmittelverteilung

in der Woche vom 5.—10. Juli 1920.

Gemäß Bundesratsverordnung vom 25. September bis 4. November 1915 wird auf Warenkundenliste an jede eingetragene Person abgegeben: ¼ Pfund Haferflocken zum Preise von 2,20 Mk. für das Pfund und ½ Pfund gewackte Suppen — Nährsuppe, das Pfund zu 0,96 Mk. oder Heilbronnersuppe, das Pfund zu 1,02 Mk. gegen Abtrennung der Marke 534 des Warenbezugsscheines Nr. 30.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Montag, den 5. Juli 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 58001—61500, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 61501—65000, nachmittags von 2—6 Uhr. Es werden an jede Person eines Haushaltes 70 Gr. zum Preise von 60 Pf. abgegeben.

Städtischer Verkauf von kondensierter Milch, Trockenei und Reis

in der Talamtschule am Montag, den 5. Juli 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—5000, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 5001—9000, nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 1 Büchse kondensierte Milch zum Preise von 4 Mk., 50 Gramm Trockenei zum Preise von 4 Mk. und ½ Pfund Reis zum Preise von 3 Mk. für das halbe Pfund abgegeben werden. Haushalte mit gelb umrändertem Lebensmittelschein erhalten das halbe Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk.

Ackerbohnen.

Es wird darauf hingewiesen, daß Ackerbohnen in den Kleinhandelsgeschäften bis auf Widerruf freihändig zum Verkauf gelangen können. Diejenigen Kleinhändler, die mit ihren Vorräten geräumt haben, können sich einen Bezugsschein im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, 2. Saal links, in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr ausstellen lassen.

Die Inhaber von Bäckereien und Konditoreien sowie Süßigkeitsgewerbetreibenden

werden hierdurch aufgefordert, die für den Monat Juli 1920 gültigen Zuckermarken, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben: A—J am Montag, den 5. Juli, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben K—R am Mittwoch, den 7. Juli, und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben S—Z am Donnerstag, den 8. Juli 1920, vormittags von 8 bis 12½ Uhr, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, III. Obergeschoß, Zimmer Nr. 41, in Empfang zu nehmen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Zuckermarken den Vermerk „Betriebsmarke" und „Nicht übertragbar" tragen und auf der Rückseite mit dem Gemeindestempel versehen sind. Am Dienstag, den 6. Juli 1920, findet die Ausgabe der Zuckermarken nicht statt. Ein Ausweis ist mitzubringen. Die Ausgabe der Zuckermarken und Bezugsscheine für Sacharin für Gastwirtschaften erfolgt später.

Die Ausgabe der Zuckermarken für den Monat Juli 1920 findet in der Woche vom 5.—10. Juli 1920 zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in den städtischen Markenausgabestellen statt. Die Zuckermarken sind bei Empfang nachzuzählen und in der betreffenden Woche abzuhalten. Eine Nachlieferung der in der vorgenannten Zeit nicht entnommenen Marken kann nicht stattfinden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Zuckermarken mit dem Gemeindestempel versehen sind. Die Verbrauchsmenge ist für den Monat Juli auf 500 Gramm festgesetzt. Bei der Belieferung der Lebensmittelkarten für Binnenschiffer mit Zucker ist zu beachten, daß die halbe Wochenmenge ab 1. Juli auf 60 Gramm festgesetzt worden ist.

In Ausführung der Verordnung der Provinzialkartoffelstelle vom 12. Juni 1920 (veröffentlicht mit der Kundmachung des Magistrats vom 23. Juni 1920) wird folgendes angeordnet: 1. Der Kauf und Verkauf von Frühkartoffeln ist nach wie vor nur gegen Kartoffelmarken oder vom Magistrat (Stadternährungsamt) ausgestellte Bezugsscheine gestattet. 2. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung gemäß Verordnung des Magistrats vom 19. September 1918, §§ 14 und 15. 3. Der Höchstpreis für Frühkartoffeln aus der Ernte 1920 wird mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle für die Provinz Sachsen zunächst auf 35 Mk. für den Zentner beim Verkaufe durch die Erzeuger festgesetzt. Der Kleinhandelspreis beträgt 50 Pf. für das Pfund. Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne der Verordnung über Höchstpreise.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 5. Mai 1920 werden die Preise für Braunkohlenbriketts bei Selbstabholung im städt. Kleinverkauf mit Wirkung ab 1. Juli 1920 auf 14,75 bzw. 15 Mk. pro Zentner festgesetzt.

Halle, den 1. Juli 1920.

Der Magistrat. Die Ortskohlenstelle.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Arbeiter, Bürger!

Spitzel und Provokateure

sind am Werk, um

Plünderungen zu inszenieren.

Folgt ihnen nicht, nehmt jeden, der zum Plündern auffordert, fest, übergebt ihn zur Feststellung der Person der Polizei. Wir wollen diesen Elementen, die im Trüben fischen wollen,

das Handwerk legen!

2078 **Die Parteileitung:** Reiwand, Hildebrandt.

Gewerkschaftssekretäre nach Halle (Saale) gesucht.

Das Gewerkschafts-Kartell Halle (Saale) sucht zum 1. Oktober 1920 je einen Gewerkschafts-Sekretär und einen Arbeiter-Sekretär. Verlangt werden nur erste Kräfte. Hervorragende organisatorische und rednerische Befähigung, Gesetzeskenntnisse, Beherrschung von Rechtsfragen und der allgemeinen Arbeiterbewegung sind unbedingt erforderlich. Der Arbeiter-Sekretär wird in der Hauptsache die Rechtsauskunfterteilung und die Bearbeitung der sozialen Gesetzgebung, der Gewerkschafts-Sekretär die Bearbeitung wirtschaftlicher Fragen des öffentlichen Lebens in der Arbeiter- und Gewerkschafts-Bewegung und evtl. die Leitung der örtlichen Betriebsräte-Zentrale zu übernehmen haben. Gehalt nach Uebereinkommen und ist an die üblichen festgelegten Sätze nicht gebunden. Die Zugehörigkeit der politischen Parteirichtung ist anzugeben. Bewerbungen unter Beifügung eines kurzen, selbstgeschriebenen Aufsatzes über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und Angabe der Gehaltsansprüche sind bis zum 1. August 1920 an den Vorsitzenden des Gewerkschafts-Kartells, Genossen Emil Winkler, Halle (Saale), Harz 42/44 III, Zimmer 30, einzureichen. 2038

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Vereinbarung mit den für unsere Kasse tätigen Aerzten werden unsere Mitglieder wieder in der früheren Weise ärztlich versorgt.

Wir weisen dabei nochmals darauf hin, daß nach wie vor **nur die vertraglich verpflichteten Aerzte** in Anspruch genommen werden dürfen.

Halle (Saale), den 3. Juli 1920. *947

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

gez. Buchmann, 1. Vorsitzender. gez. Keil, 2. Vorsitzender.

✚ Frauen ✚

gebrauchen bei Störungen u. Stockungen der monatlichen Vorgänge keine nützen Präparate, sondern meine durch viele Erfolge beliebten **Tropfen** und **Tee.** Empfehle meine hygien. Artikel und Gummiwaren. Bei Anfrage Rückporto erbeten. *930

Otto Konietzky, Leipzig, Preußergäßchen 5 II.

Asthma

kann **geheilt** werden. Sprechstunden in **Halle, Magdeburger Str. 60** II jeden **Sonnabend,** von 10 bis 1 Uhr. *922

Dr. med. Alberts, Spezialarzt, Berlin SW. 11.

Guterhalt. Möbel

preiswert zu verkaufen. E. Dippold, Advok.-Weg 18 (L.)

Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kücheneinrichtungen

liefert *940

E. Urban,

Brachwitz.

Lager fertiger Särge.

Kräuzgan

(ges. gesch.) heilt in 3 Tagen stetzt. Bettnässen o. Berufsstörung, 1000 000 fach bewährt. Monatl. üb. 100 Heilber. Mäß. Preise. Personenzahl angeben. *935

Sprodt, Bochum 198.

Immer voran!

Kakao	garantiert rein ¼ Pfund nur	**5,00 Mk.**
Bohnen	weisse, gut kochend 1 Pfund nur	**1,80 Mk.**
Grüne Erbsen	Ia Qualität 1 Pfund nur	**1,80 Mk.**
Haferkakao	prima Qualität ¼ Pfund nur	**4,50 Mk.**

Otto Bornschein, G. m. b. H., Mittelstr. 21.

Chesterfield

für Wirte und Wiederverkäufer

Mille 500.— Mark.

2020 Abgabe in kleinen und großen Posten.

Andere englische Zigaretten von

390.— Mk. per Mille an.

Karl Gimpel, Poststraße 6.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau, unserer guten, treusorgenden Mutter, 2046

Minna Rosenbusch geb. Stoye,

können wir es nicht unterlassen, allen lieben Verwandten, Bekannten und Nachbarn herzlichst zu danken für die aufopfernde Mühe während der Krankheit und überaus reichen Kranz-, Blumen- und Geldspenden, sowie letztes Geleit zur Ruhestätte.

Besonders Dank ihrer Schwester Marie und den Bewohnern des Hauses Thüringerstr. 26, dem Gartenbauverein an der Thüringerstraße, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband für Unterstützung und Rede und der Kollegenschaft der Abteilung: Werkaufsicht der V. A. S. F.

Halle (Saale), Thüringerstr. 26.

In tiefster Trauer:

Emil Rosenbusch, nebst Kindern, Geschwister und allen Verwandten.

Stadttheater.

Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr, Volksvorstellung:

Tartüff. 2036

Abds. 6, Ende nach 11 Uhr: **Die Meistersinger von Nürnberg.**

Montag, den 5. Juli, Anfang 7½, Ende 10 Uhr: **Der Bettelstudent.**

Thalia-Theater.

Gastspiel d. Stadttheater-Personals. 2057

Sonntag, den 4. Juli, abends 7½ Uhr:

Der Raub der Sabinerinnen.

Pfälzer Schießgraben.

Sonntag, 4. Juli:

Nachmittag- u. Abendkonzert, ausgef. v. Seifert-Orchester. Anf. 3½ Uhr. Eintritt frei.

Im Saal ab 8 Uhr:

Oeffentl. Ball. *916

NB. Die Abendkonzerte finden außer Donnerstags u. Sonnabends tägl. statt.

Athletenklub Eiche, Halle (Saale).

Sonntag, den 4. Juli, im Paradies, von 3 Uhr an:

Ball.

Es ladet ein 2046

Der Vorstand.

Gesellschaftshaus Diemitz. *945

Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr:

Großes **Vereins-Kränzchen.**

Es ladet freundl. ein

*945 Der Vorstand.

3 fast neue Fahrräder

verkauft sehr preiswert

Rud. Lange, Ammendorf. *942

Ehescheidungen, Alimente, Rechts-, Straf-, Steuersachen • Gesuche

Tägliche Erfolge. 2028

Rechtsbureau u. Detektei W. Neß, Anhalterstr. 7, II. r.

Violin-, Klavier-, Mandolin- u. Gitarre-Unterricht erteilt 2001

Aug. May, Torstr. 10.

Sozialdemokrat. Verein Halle u. Saalkreis USP.

Nachruf.

Am 28. Juni starb unser Genosse, der Dreher

Kurt Wehlert

im 25. Lebensjahre.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

2068 Der Vorstand.

Apollo-Theater

6 Uhr:

Gastspiel d. Kölner Metropoltheaters.

Direkt.: **Kurt Bruck.** Leit.: **Eugen Mons.** Orchesterleitung: Dr. **Hans Kassebaum.** 2072

GRIGRI.

Operette in 3 Akten von **Paul Linke.**

Als Hauptdarsteller die hier bestens bekannten:

Karl Waterstradt, Herti Janowitz, Joseph Walbrück, Alfred Horsten, Antoin Buchardy, Georg Herve.

Vorverkauf tägl. 9—1 u. 5—½7, Sonntags ständig.

ZOO! ZOO!

Woche vom 4. bis 10. Juli 1920.

Sonntag, den 4. Juli:

Billiger Sonntag.

Vormittags 10½ Uhr: Führung durch den Zool. Garten. Treffpunkt am Raubtierhause.

Nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr:

Konzert vom Seifert-Orchester

Leitung: Musikdirektor Richard Seifert.

Eintrittspreise den ganzen Tag über für Erwachsene 0,50 Mk., Kinder 0,25 Mk.

Sonntag, den 4. Juli, Montag, den 5. Juli und Dienstag, den 6. Juli:

Grosses Volksfest.

Nachmittags 3½ Uhr: **Konzert, Karussell, Schiessbude, Kasperle-Theater, Verkaufsbude, Akrobaten usw.**

Mittwoch und Sonnabend, nachm. 4 bis 6 Uhr:

Konzert in der Waldschenke.

Donnerstag, nachm. 4 bis 6 Uhr und abends 7½ bis 10½ Uhr:

Konzert auf dem Konzertplatze vom Philharmonischen Orchester.

Leitung: Obermusikmeister Karl Steuer.

(Im Saale: **Tanzkränzchen**).

Eintrittspreise: Erwachsene 1,00 Mk., Kinder 0,50 Mk. — Donnerstags nach 7 Uhr abends: Erwachsene 0,60 Mk., Kinder 0,35 Mk.

Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt. *949

Städt. Solbad Wittekind.

Woche vom 4. bis 10. Juli 1920

(außer Montag) **täglich** von 7 Uhr ab:

Frühkonzert.

Sonntag, Dienstag und Freitag, nachm. 3½ Uhr:

Kurkonzert.

Sonntag, abends 8 Uhr: *948

Abendkonzert

vom Philharmonischen Orchester.

Leitung: Obermusikmeister Karl Steuer.

(Jeden Freitag findet während des Nachmittags-Konzertes im Saale gesellige Vereinigung mit Tanz **nur** für Dauerkarteninhaber statt.)

Eintrittspreise:

z. Frühkonz. Erwachs. 0,75 Mk., Kinder 0,50 Mk.
z. Nachm.-Konz. Erw. 1,00 Mk., Kinder 0,80 Mk.
z. Abendkonzert Erw. 1,25 Mk., Kinder 1,00 Mk.

Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr:

Brunnenfest.

Grosses Doppel-Konzert, ausgeführt vom Philharmonischen Orchester und von der Kapelle des Reichswehr-Landesjäger-Regiments Nr. 32, unter der Leitung der Obermusikmeister Karl Steuer und Willi Büchner.

Bei gutem Wetter: **Pracht-Feuerwerk,** ausgeführt von der Pyrotechn. Kunstanstalt — G. H. Pfeiffer (Kröllwitz).

Eintrittspreise: Erwachs. 2 Mk., Kinder 1,50 Mk.
— Dauerkarten ungültig. —

Freitag, den 9. Juli, abends 7½ Uhr:

Kammerspiele.

Prolog von W. von Goethe, gesprochen von Fräulein Achterberg. Hierauf: **Stella,** ein Schauspiel für Liebende, von W. von Goethe.

Hornhäute u. Frost

vernichtet radikal **Lanso** 3fach Rank geruchlos

Große Flasche 5,00 Mk., gut für Ausbrennen, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an die Chem. Fabrik Neopharm, Hannover Nr. 46.

Familien-Nachrichten.

Rosamunde Bökelmann
Fritz Parsch
Verlobte. 2053

Halle a. d. S., den 3. Juli 1920.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Zahlstelle Halle.

Im 2. Quartal entriß uns der Tod unsere Mitglieder:

Wilhelm Markgraf, Geschirrführer
Richard Turaba, Arbeiter
Paul Carl, Kutscher
Paul Pieshold, Arbeiter
Richard Cruse, Straßenbahner
Louis Perfitz, Arbeiter
Reinhold Gaul, Arbeiter
Heinrich Otto, Arbeiter.

Wir werden ihnen ein dauerndes Andenken bewahren!

2049 **Die Ortsverwaltung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200703-15/fragment/page=0008